SPE

EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE

# Bekämpfung sozialer Ungleichheiten in der Europäischen Union

SVP
SANS ABRI TE BORS NEHORS
UNE PIECE OU UN
TICKET RESTAURANT
—MERCI—

# INHALTSVERZEICHNIS


05 **VORWORT** von Sergei Stanishev

06 **VORWORT** von Yonnec Polet

07 **VORWORT** von Pervenche Berès MEP

09 **EINLEITUNG**

10 **KONTEXT**

11 **UNGLEICHHEIT DER EINKOMMENS- UND VERMÖGENS-VERTEILUNG – TRENDS UND AKTUELLE SITUATION**

12 **TREIBER DER UNGLEICHHEIT UND MÖGLICHE POLITISCHE LÖSUNGEN**

14 **EU-POLITIKGESTALTUNG**

16 **FÖRDERUNG EINER KOHÄSIONSPOLITIK BASIEREND AUF SOLIDARITÄT UND NACHHALTIGER ENTWICKLUNG**

17 **DIE FINANZIALISIERUNG DER WIRTSCHAFT VERHINDERN**

19 **DAS KURZFRISTIGE, GEWINNMAXIMIERENDE MODELL DER CORPORATE GOVERNANCE BEENDEN.**

20 **EINE STÄRKERE VERTRETUNG DER ARBEIT-NEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER AM ARBEITSPLATZ UND DEMOKRATISCHE MITARBEITERBETEILIGUNG UNTERSTÜTZEN**

22 **HERAUSFORDERUNGEN DER DIGITALEN REVOLUTION UND UNGLEICHHEIT IN INNOVATIONSPROZESSEN**

25 **LIBERALE POLITIK, „STRUKTURREFORMEN“ UND SPARMASSNAHMEN VOR UND NACH DER KRISE**

33 **BEKÄMPFUNG DES VERSCHÄRFTEN STEUERWETTBEWERBS**

36 **SOZIALE, GESCHLECHTSSPEZIFISCHE UND GENERATIONENÜBERGREIFENDE UNGLEICHHEITEN**

39 **SCHLUSSFOLGERUNG**

40 **ANMERKUNGEN**


Titelbild Foto: Tuca Vieira. Die Favela Paraisópolis grenzt an das wohlhabende Viertel Morumbi in Sao Paulo, Brasilien (2005).

# VORWORT

Thomas Pikettys Bestseller Das Kapital im zwanzigsten Jahrhundert machte die Medien auf das Thema Ungleichheit aufmerksam: Dieses Thema steht im Mittelpunkt unseres Kampfes als Sozialistinnen und Sozialisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Seit Veröffentlichung dieses Buches wurde Ungleichheit verstärkt untersucht, analysiert, erforscht und oft als ein wachsendes Problem für unsere Gesellschaften hervorgehoben. Heute ist dieses Thema, auch von internationalen Organisationen wie dem IWF und der OECD, in breitem Maße anerkannt.

Doch selbst mit dieser breiteren Anerkennung des Problems ist die Politik noch weit davon entfernt, einen Konsens darüber zu erzielen, wie die Ungleichheit in unseren Gesellschaften verringert werden kann.

Als europäische Sozialistinnen und Sozialisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist unser Grundprinzip, dass das hohe Maß an Ungleichheit, mit dem wir konfrontiert sind, nicht automatisch oder unvermeidlich ist. Es ist vielmehr das Ergebnis politischer Entscheidungen, die Politik und Strukturen prägen, die unsere Wirtschaft leiten und bestimmen, wie wir zusammenleben. Dies macht die Ungleichheit umso inakzeptabler.

Als Sozialistinnen und Sozialisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen wir die neoliberale Politik ständig in Frage und setzen uns dafür ein, die Strukturen unserer Gesellschaften so umzugestalten, dass sie für alle funktionieren. Wie Amartya Sen einmal sagte: „Eine Gesellschaft kann pareto-optimal und dennoch vollkommen ekelhaft sein."[1] Deshalb wollen wir eine Wirtschaft sicherstellen, in der der Mensch an erster Stelle steht und in der alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unabhängig von ihrem Status, geschützt werden und einen menschenwürdigen Arbeitsplatz haben. Wir plädieren daher für Maßnahmen, die soziale Ungleichheit abbauen, Armut bekämpfen und die Solidarität stärken. Wir wollen die Ungleichheit in allen Bereichen unserer Gesellschaften bekämpfen und die Ungleichheitsdebatte wieder in das europäische Projekt einbringen.

Über mehr als ein Jahr lang hat das PES Netzwerk Soziales Europa unter der Leitung von Pervenche Berès konkrete politische Vorschläge zur Bekämpfung von Einkommens- und Vermögensunterschieden in Europa entwickelt. Die Broschüre, die Sie in Händen halten, stellt das Ergebnis dieses bereichernden Austauschs dar. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ungleichheit ist schon immer ein wichtiger Bereich der Arbeit der SPE. In Anbetracht des Ausmaßes der Herausforderung wird sie auch in den kommenden Jahren unsere Priorität bleiben. Dies ist das wichtigste Thema, das das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU wiederherstellen kann. Dies ist das Ziel, das das europäische Projekt neu definieren sollte, damit die EU echten Wohlstand für alle anstreben kann.

Dies ist eindeutig die Priorität, die wir bei den bevorstehenden Europawahlen setzen werden: eine gleichberechtigtere, gerechtere und nachhaltigere Europäische Union.

Sergei Stanishev

Vorsitzender der SPE

# VORWORTE

**Yonnec Polet**
Stellvertretender Generalsekretär der SPE

Unsere Gesellschaft hat nur dann eine tragfähige Zukunft, wenn sie die Gleichstellung ihrer Bürgerinnen und Bürger fördert. Für uns bedeutet dies, dass die Bekämpfung der Ungleichheit eine europäische Priorität sein muss. Sie muss sich wie ein roter Faden durch die europäische Politik ziehen, als ein Maßstab für die Bewertung unserer gesamten Politik. Eine erfolgreiche Europäische Union ist eine, die die Ungleichheit zwischen und innerhalb ihrer Mitgliedstaaten verringert. Bisher wurde der Ungleichheit jedoch nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Die zunehmende Ungleichheit ist zu einem der größten Probleme Europas geworden. Das muss sich eindeutig ändern. Als SPE kämpfen wir weiterhin darum, diesen Wandel zu erreichen.

Deshalb bin ich stolz auf die Arbeit unseres Netzwerks Soziales Europa zu diesem Thema, das von der Abgeordneten Pervenche Berès geleitet wird. Mit Vertretern von SPE-Mitgliedsparteien, NROs, Sozialpartnern und Mitgliedern des Europäischen Parlaments führt das Netzwerk eine eingehende Diskussion über die Zunahme der Ungleichheit in Europa und wie man sie bekämpfen kann.

Die Ihnen vorliegende Broschüre gibt einen Überblick über die Dimensionen der zunehmenden Ungleichheit und die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren, die dahinterstehen. Sie untersucht die Rolle der Politikgestaltung der EU und der Mitgliedstaaten als Faktoren der Ungleichheit sowie strukturelle Faktoren wie Corporate Governance, Finanzialisierung und die digitale Revolution.

Aber die Broschüre beschränkt sich nicht darauf, die Herausforderungen nur zu beschreiben, sondern schlägt auch für jede einzelne politische Lösungen vor. Das Problem der Ungleichheit muss umfassend angegangen werden, daher wird hier ein breites Spektrum von Bereichen abgedeckt: eine stärkere soziale Dimension in der europäischen Politik, Initiativen zur Stärkung der Arbeitnehmerinnen- Arbeitnehmerrechte und der Demokratie am Arbeitsplatz, eine Reform des Finanzsystems, eine progressivere Steuer- und öffentliche Ausgabenpolitik, soziale und produktive Investitionen und ein Ende der Diskriminierung.

Wir wollen nicht vorgeben, hier eine vollständige Liste von Maßnahmen zur Beendigung der Ungleichheit in Europa aufgestellt zu haben. Doch finden Sie hier eine Reihe von Vorschlägen, um die Ungleichheit in vielen ihrer Aspekte zu bekämpfen und zu verhindern, dass sie in den kommenden Jahren weiter zunimmt. Die Ziele stehen fest. Machen wir uns an die Arbeit!

Das grundlegende Ziel der EU ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Diese Forderung ist in den europäischen Verträgen festgelegt. Das bedeutet, dass jedem die Möglichkeit gegeben werden muss, voll und ganz an der Gesellschaft teilzuhaben und gleiche Chancen und gleiche Möglichkeiten zu genießen, um die eigene Zukunft so zu gestalten, wie er oder sie möchte.

Dennoch gibt es erhebliche Ungleichheiten und diese nehmen stetig zu. Das Wachstum mag zurückkehren, aber Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung, bei den sozialen Chancen, bei der Beschäftigung und bei den Löhnen nicht. Deshalb drängen wir, die SPE, darauf, dass der Kampf gegen die Ungleichheit in die politische Agenda aufgenommen wird, die ansonsten vor allem Finanzfragen und Sparpolitik umfasst. Deshalb arbeiten und kämpfen wir für angemessene Löhne, qualitativ hochwertige Arbeit und eine gute Work-Life-Balance.

Ungleichheiten werden nicht von selbst verschwinden. Reichtum wird nicht von selbst heruntersickern. Damit dies geschehen kann, brauchen wir eine Umverteilung. Wir können nicht zulassen, dass sich die Wohlhabendsten, ob Einzelpersonen oder Unternehmen, ihrer Verantwortung entziehen, nur damit sie immer mehr Gewinn machen können. Deshalb bekämpfen wir Steuerhinterziehung und wollen sicherstellen, dass der Finanzsektor zur Realwirtschaft beiträgt, mit positiven sozialen und ökologischen Auswirkungen. Durch die Festlegung von Mindestanforderungen für Investoren im Bereich Nachhaltigkeit aus der ökologischen und sozialen Perspektive kann die Sustainable Finance (auch als nachhaltige Finanzen bezeichnet) Investitionen in nachhaltigere Projekte verlagern und Ungleichheiten verringern.

Wir sind überzeugt, dass die Mitgliedstaaten und die Europäische Union eine Rolle bei der Überwindung von Ungleichheiten spielen müssen. Diese Rolle sollte die eines unternehmerischen Staates sein, der in der Lage ist, in die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu investieren und soziale Innovationen zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Union müssen ihre Aufgaben erfüllen und die Bürgerinnen und Bürger in schwierigen Zeiten schützen, dies geschieht

**Pervenche Berès MEP**
Vorsitzende des PES Social Europe Network

durch ein starkes staatliches soziales Sicherheitsnetz sowie erschwingliche und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen. Sie sind auch gefordert, alle Bürgerinnen und Bürger durch Bildungsangebote sowie soziale und kulturelle Investitionen bei der Selbstverwirklichung zu unterstützen. Wir treten deshalb gegen Privatisierung und Deregulierung ein, um den Wohlfahrtsstaat zu stärken und sicherzustellen, dass er über die (finanziellen) Mittel zur Erfüllung seines Auftrags verfügt.

Wir drängen auf eine soziale Wende in Europa, und der Kampf geht weiter. Unsere Politikvorschläge sind bereit für die Umsetzung. Es liegt jetzt an uns, die Ungleichheit zu einem Kernthema für die Europawahlen im nächsten Jahr zu machen. Der Kampf gegen Ungleichheiten ist genau der Bereich, in dem wir den Unterschied machen werden.

**Alleinerziehende Mütter und ihre Kinder sind besonders anfällig für wirtschaftliche Ungleichheit.**

# EINLEITUNG

Die Finanzkrise im Jahr 2007 und ihre Folgen haben deutlich die zunehmende Ungleichheit in und zwischen den Ländern gezeigt. Während die Ungleichheit lange Zeit als unvermeidliche Folge des Wirtschaftswachstums galt, erkennen Organisationen, wie der IWF, die OECD und die EZB,[2] heute an, dass die Bekämpfung dieser Ungleichheit für unsere Volkswirtschaften von entscheidender Bedeutung ist, um nachhaltiges Wachstum und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze zu fördern. Es wird zunehmend anerkannt, dass die Ungleichheit in der Gesellschaft die Nachfrage drosselt, die Innovation schwächt und zu geringeren Investitionen in die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger und das zukünftige Gemeinwohl führt, was anfälligere Finanzsysteme und Volkswirtschaften zur Folge hat.[3] Die Bekämpfung der Ungleichheit ist jedoch nicht nur wirtschaftlich wichtig, sondern vor allem von sozialer, politischer und institutioneller Bedeutung, da sie das Wohlergehen unserer Gesellschaften, die Fähigkeit zum Aufbau von Vertrauen[4] und starken sozialen Beziehungen ermöglicht und die Unterstützung der Demokratie und der demokratischen Institutionen gewährleistet. Eine tragfähige Grundlage für die Zukunft unserer Gesellschaft kann nur geschaffen werden, wenn Ungleichheit erfolgreich angegangen wird.

Dafür haben wir als Sozialistinnen und Sozialisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer gestanden. In unserer Geschichte haben wir uns immer für Gleichheit, für eine demokratische Gesellschaft und Wirtschaft im Dienste der Menschen, eingesetzt. Heute ist die Bekämpfung von Ungleichheiten ein zentrales Element und der rote Faden, der sich durch unsere Arbeit zieht.

In diesem Diskussionspapier geben wir einen kurzen Überblick über den Kontext und die Entwicklung von Ungleichheit, bevor wir die Triebkräfte von Ungleichheit und mögliche politische Lösungen skizzieren. Unser Hauptaugenmerk liegt auf Einkommen und Wohlstand für alle.[5] Wir glauben, dass diese eng mit der Chancengleichheit verbunden sind.[6] Insbesondere umfasst dies den Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen, die Sicherung der Sozialdienste von allgemeinem Interesse sowie die politische und gesellschaftliche Gleichstellung. Eine gerechte Gesellschaft wird schwer zu erreichen sein, wenn sie nicht erfolgreich mit einer Wirtschaft ausgestattet wird, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt.[7]

Die politischen Vorschläge bauen auf früheren Arbeiten der SPE[8] und der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament sowie auf dem Initiativbericht des S&D-Abgeordneten Javi Lopez im Europäischen Parlament[9] auf. Auch Diskussionen, die zuvor im PES Netzwerk Soziales Europa geführt wurden, werden hier wieder aufgegriffen.

# KONTEXT

Die zunehmende Ungleichheit ist in den letzten Jahren verstärkt in den Blickpunkt gerückt, doch es handelt sich dabei keineswegs um ein neues Phänomen. Nach Angaben der OECD[10] nahm die Ungleichheit sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten zu[11], wobei das Wirtschaftswachstum bereits vor der Krise überproportionalen Profit für die höheren Einkommensgruppen bedeutete und niedrigere Einkommensgruppen zurückließ.[12]

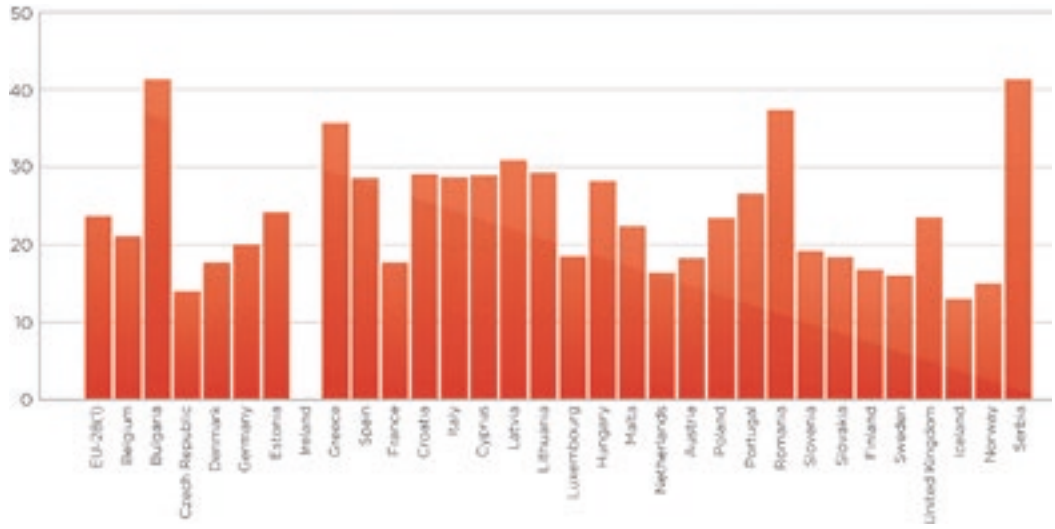
Die Machtanhäufung durch große Unternehmen und die Wellen der Deregulierung und Privatisierung haben weiter gezeigt, dass Wachstum für alle nicht selbstverständlich ist. Die hohe Ungleichheit führt zu einem Trend zu Volkswirtschaften, die nur wenigen dienen – eine Machtverschiebung weg von der Arbeiterschaft und den Bürgerinnen und Bürgern hin zum Kapital.[13]

Die zunehmende Ungleichheit ist keine unvermeidliche Entwicklung, die von einer unsichtbaren Hand angetrieben wird und keine Alternative lässt. Sie ist das Ergebnis von Politiken und Strukturen, die unsere Wirtschaft bestimmen. Diese Politik, die von Konservativen und Liberalen getragen wird, kann jedoch geändert werden. Dazu ist ein Eingreifen staatlicher Instanzen jedoch unerlässlich.[14] Doch da wir in der Europäischen Union und insbesondere einer Union mit einer gemeinsamen Währung leben, muss die Bekämpfung der Ungleichheit gemeinsam angegangen werden. Wir können nicht isoliert vorankommen, und wir können uns nicht auf Kosten anderer Regionen entwickeln – eine Solidaritätsunion ist notwendig. Deshalb spielt die Europäische Union eine so wichtige Rolle.[15]

Angesichts dieser wichtigen Rolle[16] und der Tatsache, dass die Ungleichheit in den letzten sieben Jahren historische Höhen erreicht hat[17], bedauern wir zutiefst, dass der Ungleichheit bei der Politikgestaltung der EU so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Für uns muss die Wirtschaft den Menschen dienen und nicht umgekehrt.[18] Um dies zu erreichen, ist ein dringender Wandel erforderlich.

Unsere politische Familie kämpft seit langem unermüdlich für ein sozialeres Europa. Die Proklamation der Europäischen Säule der sozialen Rechte am 17. November 2017 in Göteborg zeigte in die richtige Richtung. Wir müssen diesen Impuls nutzen. Die Bekämpfung der Ungleichheit muss eine institutionelle Priorität sein, die ganz oben auf der politischen Agenda der EU steht. Als SPE werden wir weiter dafür kämpfen.

**“ Für uns muss die Wirtschaft den Menschen dienen und nicht umgekehrt.**




Prozentsatz der von Armut bedrohten Menschen in Europa nach Ländern.

Quelle: Eurostat

# DIE UNGLEICHVERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN – TRENDS UND DERZEITIGE SITUATION

Die sozioökonomische Kluft innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten in Europa ist in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden und hat sich seit Beginn der globalen Finanzkrise weiter verschärft[19], was zu zunehmendem Wachstum von Einkommen und Reichtum bei den Wohlhabenden, zu einer zunehmenden Armut bei den Geringverdienern und einer abnehmenden Mittelschicht führte. Alle Indikatoren alarmieren uns.

■ In fast allen europäischen Ländern[20] ist die durch die Märkte geschaffene Einkommensungleichheit seit Mitte der 80er Jahre deutlich gestiegen.[21] Sie hat sich seit der Krise deutlich verschärft und bleibt trotz der wirtschaftlichen Erholung, die immer noch unzureichend ist, hoch.[22]

■ Die Unterschiede des verfügbaren Einkommens haben in den meisten europäischen Ländern seit den 90er Jahren zugenommen,[23] wobei ein wachsender Anteil des verfügbaren Einkommens bei den Wohlhabenden zu finden ist.[24]

■ In der früheren Phase der Krise haben Steuern und Bargeldtransfers die Zunahme der Ungleichheit der Einkommen weitgehend ausgeglichen, aber die Umverteilung hat sich in den meisten OECD-Ländern seit 2010 abgeschwächt oder stagniert, und die Ungleichheit in verfügbaren Einkommen liegt seit sieben Jahren auf historischen Höchstständen.[25]

■ Menschen am unteren Ende der Einkommensskala sind davon besonders stark betroffen.[26]

■ Zwischen 2009 und 2013 wurden weitere 7,5 Millionen Menschen in 27 EU-Ländern als Menschen mit schwerer materieller Deprivation (Verarmung) eingestuft.[27]

■ Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in 11 Ländern berichtet immer noch von Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen.[28]

■ In zwei Dritteln der EU-Länder bestehen ernsthafte Bedenken wegen unzureichender Einkommen im Alter.[29]

■ Das Risiko einer relativen Armut trotz Arbeit ist deutlich gestiegen, wobei 10 % der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2014 von Armut bedroht waren, gegenüber 8 % im Jahr 2007.

■ 13 % der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren 2014 materiell unterversorgt, was die schweren Auswirkungen der Krise auf die Lebensbedingungen der Menschen unterstreicht.[30]

■ Etwa jeder zehnte Europäer – mehr als 50 Millionen Menschen – ist nicht in der Lage, seine Wohnung ausreichend zu heizen, was schwerwiegende gesundheitliche und soziale Folgen hat.

■ Am stärksten betroffen sind die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, darunter ältere Menschen, Migrantinnen und Migranten, junge Menschen und Frauen.

■ Darüber hinaus ist die Überschuldung der Haushalte zu einem Problem geworden, das jedoch von Land zu Land unterschiedlich ist.[31]

■ Gleichzeitig ist das private Vermögen in den letzten Jahrzehnten ungleichmäßiger verteilt.[32] Die reichsten ein Prozent der Europäerinnen und Europäer[33] halten schätzungsweise fast ein Drittel des Reichtums der Region, während die unteren 40 Prozent der Bevölkerung weniger als ein Prozent des gesamten europäischen Nettovermögens besitzen.[34]

■ Auf globaler Ebene kontrollierten die acht reichsten Milliardäre im Jahr 2016 mehr Vermögen als die ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung.

# TREIBER DER UNGLEICHHEIT
# LÖSUNGEN

# UND MÖGLICHE POLITISCHE

**Um die Triebkräfte hinter dem historisch hohen Niveau der Einkommens- und Vermögensungleichheit zu bekämpfen und insbesondere die Ungleichheit bei Löhnen und Beschäftigung,[35] brauchen wir eine Abkehr von der Sparpolitik, hin zu einem System, das auf einer starken Regulierung der Märkte, einschließlich der Arbeitsmärkte, basiert, einer reduzierten Macht der Monopole in strategischen Sektoren und dem Schutz der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vor Privatisierung und Spekulation. Wir brauchen ein solidarisches System, eine gerechte Umverteilung des Wohlstands, langfristige Nachhaltigkeit und einen umfassenderen Begriff von sozialer Verantwortung, der über persönliche wirtschaftliche Gewinne und Verluste hinausgeht. Wir brauchen ein System, das das Wohlergehen der Menschen gewährleistet und den Menschen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern Macht zurückgibt. Das ist das Ziel unserer Politikvorschläge.**

# EU-POLITIKGESTALTUNG

**“Um der zunehmenden Ungleichheit zu begegnen, brauchen wir einen koordinierten Ansatz, um die Reichweite des Europäischen Semesters zu ändern und die Einkommens- und Vermögensverteilung anzugehen. Das Ziel des Semesters muss klar sein: die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.**
**Javi López, MdEP**

Die europäische Politik hat sich weitgehend mit der Effizienz der Märkte und der Wirksamkeit der vier in den EU-Verträgen verankerten Freizügigkeitsformen (Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen) beschäftigt. Dieser Fokus hat allzu oft das Ziel der EU, Gleichheit, Gerechtigkeit, Wohlfahrt und ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen sowie Ausgrenzung zu bekämpfen, außer Acht gelassen (wie im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) z. B. Präambel, Art. 8, Art. 9 gefordert).[36] Wirtschaftlichen Freiheiten und Wettbewerbsregeln wird Vorrang vor sozialen Grundrechten gegeben[37] und das Kapital gegenüber der Wohlfahrt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Verbraucherinnen und Verbraucher bevorzugt.

Die Einführung einer Währungsunion mit einer zentralisierten Geldpolitik, aber ohne gemeinsame Steuer- und Abgabenpolitik, hat systemische makroökonomische Ungleichgewichte geschaffen und die Löhne zum wichtigsten wirtschaftlichen Anpassungsfaktor gemacht.[38] Darüber hinaus bieten die bestehenden Instrumente der Wirtschaftssteuerung, wie die EU-Finanzvorschriften und das Verfahren gegen makroökonomische Ungleichgewichte, keinen großen Hebel für innerstaatliche fiskalische Maßnahmen, die die notwendigen Impulse für eine steigende Nachfrage, die die Länder dringend benötigen, liefern könnten. Das Ergebnis dieser Politik, zusammen mit den verhängten Sparmaßnahmen, ist ein Rückgang der Investitionen, Unterbeschäftigung, stagnierende Löhne und zunehmende Divergenz in der EU.

### Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Politiken

Um diese Probleme anzugehen, muss die Bekämpfung der Ungleichheit, die auf Vollbeschäftigung und soziale Wohlfahrt abzielt, zu einer institutionellen Priorität ganz oben auf der politischen Agenda der EU werden, die sich in alle EU-Politiken einfügt.[39] Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Ziele zur Beseitigung der Armut müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

Dies impliziert:

■ Die Verträge sollten um ein Soziales Fortschrittsprotokoll ergänzt werden, in dem klargestellt wird, dass weder wirtschaftliche Freiheiten noch Wettbewerbsregeln Vorrang vor sozialen Grundrechten haben.

■ Die demokratischen Entscheidungsverfahren müssen gestärkt werden und die demokratische Kontrolle der Institutionen muss ein breites Spektrum von Interessengruppen einbeziehen, einschließlich einer Schlüsselrolle für die Sozialpartner, um das Machtgleichgewicht zu gewährleisten.[40]

**“ Das Ergebnis vieler EU-Politiken, zusammen mit den verhängten Sparmaßnahmen, ist ein Rückgang der Investitionen, Unterbeschäftigung, stagnierende Löhne und zunehmende Divergenz in der EU.**

■ Maßnahmen zur Bewertung der Leistung und des Ergebnisses der EU-Politik und der wirtschaftspolitischen Koordinierung müssen Ungleichheit, sozialen Fortschritt, soziale Gerechtigkeit sowie die Achtung und Förderung der kollektiven und individuellen Arbeitsrechte in der EU umfassen (z. B. Soziales Scoreboard).

■ Das Europäische Semester und das Makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren (MIP) müssen neue verbindliche Indikatoren für Ungleichgewichte und Ungleichheiten enthalten, die sowohl die Wirtschaftsleistung als auch die Beschäftigungs- und Sozialleistung berücksichtigen.

■ Die lokalen und regionalen Behörden, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft, die die Gegebenheiten vor Ort kennen, müssen bei der Gestaltung, Durchführung und Bewertung von Politiken und gesetzgeberischen Maßnahmen eng einbezogen werden.

**Wiederherstellung des Finanzspielraums der Mitgliedstaaten und Überarbeitung der Steuervorschriften, um eine Aufwärtskonvergenz zu gewährleisten.**

Der Haushaltsrahmen der EU muss Sozialinvestitionen, die Unterstützung der wirtschaftlichen Nachfrage und die Schaffung von Arbeitsplätzen, fördern und ermöglichen, um zu einer nachhaltigen Entwicklung und Vollbeschäftigung zuführen.

■ Die Mitgliedstaaten müssen den steuerlichen Spielraum für Investitionen wiedererlangen und die Sozialversicherungssysteme, die Sozialdienste, das Gesundheitswesen und die Binnennachfrage sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene unterstützen.

■ Aufbauend auf den jüngsten Erfolgen unserer politischen Familie bei der Einführung der Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen die Steuervorschriften überarbeitet werden, um die öffentlichen Investitionsausgaben von der Berechnung der öffentlichen Haushalte auszunehmen. Eine expansivere Politik sollte berücksichtigt und gefördert werden, wenn die Nachfrage zu gering ist. Dies muss ein transparenter Prozess sein, der die Berechenbarkeit und Gleichbehandlung der Haushalte gewährleistet.

■ Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) muss eine starke soziale Dimension beinhalten, die mit den notwendigen legislativen, institutionellen und finanziellen Mitteln ausgestattet ist, um echten sozialen Fortschritt zu erzielen.

■ Es sollte ein Haushalt für das Euro-Währungsgebiet eingeführt werden, um den deflationären Auswirkungen einer Währungsunion ohne Steuerunion entgegenzuwirken, um die Aufwärtskonvergenz und eine Stabilisierungsfunktion zu gewährleisten.

# FÖRDERUNG EINER KOHÄSIONS-POLITIK BASIEREND AUF SOLIDARITÄT UND NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Als wichtigstes Instrument der EU zum Abbau der Ungleichheiten zwischen und innerhalb ihrer Mitgliedstaaten muss die Kohäsionspolitik mit der politischen Macht, den Humanressourcen und den finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die sie benötigt, und sie muss auch nach 2020 eine Priorität im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen bleiben.[41]

■ Die europäischen Mittel für die Kohäsionspolitik müssen aufgestockt werden.

■ Der neue kohäsionspolitische Rahmen muss insbesondere, aber nicht nur, die ärmsten europäischen Regionen unterstützen, während die Mittel aus der Kohäsionspolitik weiterhin allen Regionen zur Verfügung stehen müssen.

■ Im Rahmen der Kohäsionspolitik muss den sozialen Investitionen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

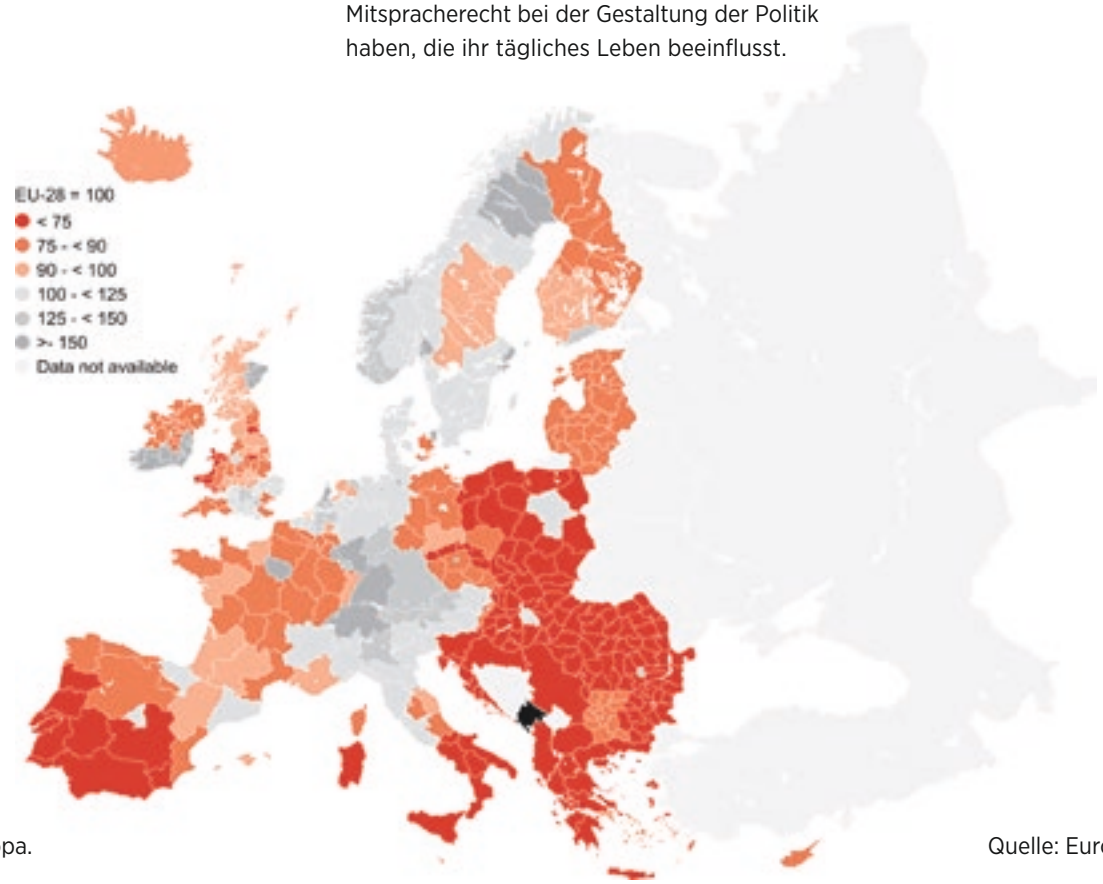
■ Die nationale Kofinanzierung von Projekten sollte bei der Defizitberechnung im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht berücksichtigt werden.

■ Der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt darf nicht länger als Geisel für eine Sparpolitik dienen. Die Konditionalität sollte ein Mechanismus bleiben, der die Kohäsionspolitik und den Grundsatz der Solidarität zwischen Regionen und Mitgliedstaaten stärkt.

■ Die Regeln und Verfahren müssen vereinfacht werden, indem alle kohäsionsbezogenen Fonds in einem einzigen Rechtsrahmen zusammengefasst werden.

■ Zuschüsse sollten die Standardform der Finanzierung bleiben.

■ Darüber hinaus müssen die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbezogen werden und ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Politik haben, die ihr tägliches Leben beeinflusst.




BIP pro Land in Europa.

Quelle: Eurostat

# DIE FINANZIALISIERUNG DER WIRTSCHAFT VERHINDERN

Ein gut funktionierendes, gesundes Finanzsystem ist für eine Marktwirtschaft wichtig, um Geld für den produktiven Einsatz zum Nutzen der gesamten Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Doch die sogenannte „Finanzialisierung" der Wirtschaft, die in den späten 70er Jahren mit einer Deregulierung des Finanzsystems und grenzüberschreitenden Finanzströmen begann, hat zum Gegenteil geführt, da ein zunehmender Anteil von Ersparnissen, Vermögen und Unternehmensgewinnen nicht in Arbeitnehmerlöhne oder Produktionsmittel investiert wurde[42], sondern in bereits vorhandene Vermögenswerte (z. B. Immobilien und Aktien). Dies hat einerseits zu einer Konzentration des Vermögens in den Händen weniger geführt, andererseits zu steigenden Preisen für Vermögenswerte für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (z. B. Hauspreise), was eine steigende Verschuldung der Haushalte verursachte. Die Folge ist eine Boom-and-Bust-Wirtschaft, in der Bürgerinnen und Bürger, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Kosten tragen müssen. Eine stärkere Konzentration des Reichtums hat dem Finanzsektor einen größeren Einfluss auf die Wirtschaft und die Regierungsinstitutionen verliehen,[43] während die hohen finanziellen Anreize zunehmend die Werte und Praktiken der Gesellschaft prägen.

### Förderung nachhaltiger produktiver Investitionen

Der Finanzsektor muss unbedingt gezähmt werden und es ist sicherzustellen, dass er seinen Auftrag zur Finanzierung der Realwirtschaft, zum Wohle der Menschen und der Umwelt erfüllt.

- Es sollte eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, die produktive Investitionen fördert und auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Strategien verhindert. Sie sollte kurzfristige Strategien sanktionieren und längere Haltefristen anregen, wodurch die Instabilität verringert und längerfristige produktive Investitionen gefördert werden.[44]

- Kapitalgewinneinkommen könnten mit dem gleichen Satz wie Arbeitseinkommen besteuert werden, wobei kurzfristige Kapitalgewinne mit einem höheren Satz besteuert werden und gezielte Steuererleichterungen zur Förderung nachhaltiger produktiver Investitionen genutzt werden.[45]

**„Es sollte eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, die produktive Investitionen fördert und auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Strategien verhindert.**

**„Ungleichheit ist die Ursache für die Krise, in der wir uns befinden, und die Krise verstärkt die Ungleichheit. Wir müssen diesen Teufelskreis durch soziale Investitionen und eine gerechtere Verteilung durchbrechen. Wir brauchen eine echte Finanztransaktionssteuer, wir müssen die unangemessene Vergütung der Führungskräfte begrenzen, wir brauchen faire progressive Steuersysteme, wir müssen die Steuerhinterziehung beenden. Conny Reuter, Generalsekretär der europäischen Dachorganisation von Organisationen der Zivilgesellschaft „SOLIDAR“.**

- Ein Staats[46]- oder Bürgerfonds könnte dazu beitragen, das Eigentum am Kapital und seine Gewinne breiter zu verteilen und sicherzustellen, dass ein größerer Teil der Gewinne aus der Wirtschaftstätigkeit für die produktive Nutzung reinvestiert wird. Eine Möglichkeit, einen solchen Fonds zu finanzieren, könnte beispielsweise durch eine neue zusätzliche, moderate jährliche Abgabe auf Aktienbesitz erfolgen, die für explizite öffentliche Zwecke (z. B. Sozialausgaben, Infrastruktur) verwendet wird.[47]

- Die unternehmerische Rolle des Staates sollte nicht übersehen werden. Sie sollte genutzt werden, um direkt in Projekte zu investieren, die auf Sozial-, Beschäftigungs- und Leistungskriterien beruhen, die im allgemeinen Interesse liegen und sonst nur schwer finanzierbar wären.

### Gewährleistung eines sicheren und gesunden Finanzsystems

Um ein sicheres und gesundes Finanzsystem zu gewährleisten und die Bürgerinnen und Bürger vor Finanz- und Wirtschaftskrisen zu schützen, könnten die folgenden Maßnahmen in Betracht gezogen werden:

- Die Bankenunion muss vervollständigt werden, indem sichergestellt wird, dass die Ersparnisse der Menschen durch ein Europäisches Einlagensicherungssystem (EDIS) gesichert werden.

- Weitere Maßnahmen könnten Transparenz für alle Finanzmärkte schaffen, das Phänomen derjenigen Institute beenden, die als „zu groß zum Scheitern“ angesehen werden, den Schattenbankensektor regulieren, das Offshore-Banking beenden[48], Regeln mit strengeren Strafen durchsetzen[49], oder eine scharfe Abgrenzung zwischen Investment Banking und Privatkundengeschäft schaffen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher schützt.[50]

- Öffentliche Banken und Entwicklungsbanken sollten als Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung und einen stabilen und gerechten Zugang zu Finanzmitteln unterstützt und ausgebaut werden.

# DAS KURZFRISTIGE, GEWINN-MAXIMIERENDE MODELL DER CORPORATE GOVERNANCE BEENDEN.

Der Übergang zu einem Modell der Unternehmensführung, das sich auf kurzfristige Gewinnmaximierung und Rendite für die Aktionäre konzentriert, anstatt in langfristige Nachhaltigkeit und Innovation zu investieren[51], hat zu einer weiteren Machtverlagerung weg von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Brürgerinnen und Bürgern geführt. Zusammen mit der Liberalisierung der Handels und der Kapitalmärkte hat dieses Modell dem Aufstieg großer und oft multinationaler Unternehmen geholfen, die auf Kosten von Kundinnen und Kunden, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Regierungen erhebliche Marktmacht und Stärke gewonnen haben, was zu einem globalen System geführt hat, das allzu oft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausbeutet, Verbraucherinnen und Verbraucher betrügt und öffentliche Ressourcen stiehlt.

Angetrieben von Anreizsystemen, die die Vergütung von Führungskräften an Aktienkurse und kurzfristige Laufzeiten koppeln, sind die Einkommen von CEOs überproportional gestiegen, und Unternehmen sind zu Geldquellen für Kapitalgeber geworden, was zu Gewinnen führt, die nicht in die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einfließen,[52] und gleichzeitig Investitionen reduziert, die zu nachhaltiger Innovation und langfristigem Wohlstand führen.[53]

Das Ziel, kurzfristige Gewinne zu maximieren, hat zu einem Unternehmensmodell geführt, das auf Preiswettbewerb und der Vermeidung von sozialen und ökologischen Verpflichtungen basiert. Darüber hinaus hat es zu einem Abwärtsdruck auf die Löhne von Arbeitnehmern und Erzeugern sowie auf Arbeits- und Umweltstandards geführt, wobei die Unternehmen so wenig wie möglich Steuern zahlen.[54,55] Die große Wirtschaftsmacht hat zu immer größerer politischer Macht und Einfluss geführt, die auf Ungleichheit in den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen entlang der globalen Lieferketten und der Verbindung der Unternehmen zu Politik und politischen Parteien mit ideologischen Affinitäten beruhen. Dies hat dazu geführt, dass Verordnungen und Richtlinien verabschiedet wurden, die die Fortsetzung des derzeitigen Systems erlauben.[56]

# UNTERSTÜTZUNG EINER STÄRKEREN ARBEITNEHMERINNEN- UND ARBEITNEHMERVERTRETUNG AN DEN ARBEITSSTÄTTEN UND EINER DEMOKRATISCHEN MITARBEITERBETEILIGUNG

Um eine gerechte Gewinnausschüttung und eine Wirtschaft zu gewährleisten, die der Mehrheit zugutekommt, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Macht an die Arbeiterinnen und Arbeiter zurückgegeben wird.[57]

■ Die Europäischen Betriebsräte ermöglichen die gemeinsame Vertretung von Arbeitnehmerninnen und Arbeitnehmer aus verschiedenen europäischen Ländern, in denen ein multinationales Unternehmen tätig ist.[58] Die Rolle der Gewerkschaften innerhalb der Europäischen Betriebsräte muss während des gesamten Prozesses der Demokratie, Unterrichtung und Anhörung am Arbeitsplatz stärker anerkannt und unterstützt werden.[59]

■ Die Umsetzung der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte ist nach wie vor problematisch. Die Europäische Kommission sollte daher dringend Maßnahmen ergreifen, um die Richtlinie zu überarbeiten, die Anforderungen an die Unterrichtung und Anhörung zu verstärken und Tarifverträge für Umstrukturierungsprozesse verbindlich vorzuschreiben.

**“ Die Corporate Governance muss überdacht werden, um eine gerechte Gewinnausschüttung und langfristige Stabilität zu gewährleisten.**

■ Der soziale Dialog muss an allen Arbeitsstätten gestärkt und weiter ausgebaut werden, und die EU muss sich mehr für den Schutz und die Förderung von Sozialpartnerabkommen engagieren.

■ Die europäische Politik muss die Arbeitnehmervertretung in den Aufsichtsräten und Vorständen und unterstützende politische Maßnahmen absichern. Es müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Anteil der Gegenseitigkeitsgesellschaften, Genossenschaften oder Mitarbeiterunternehmen an der Wirtschaft zu erhöhen.[60]

■ Der Aktienbesitz in Verbindung mit der partizipativen Verwaltung[61] sollte weiter gefördert werden. Dies könnte die Förderung der jährlichen Übertragung eines Teils der Aktien, die Ermutigung der ausscheidenden Eigentümer, ihre Unternehmen an die Mitarbeiter weiterzugeben, oder die Verhinderung des Verkaufs ihrer Unternehmen an externe Aktionäre umfassen.[62]

### Förderung eines Privatsektors, der den Vielen zugutekommt

Die Corporate Governance muss überdacht werden, um eine gerechte Gewinnverteilung und langfristige Nachhaltigkeit zu gewährleisten und den Fokus auf kurzfristige Gewinnmaximierung und Rendite für die Aktionäre zu beenden. Um dies zu erreichen, ist eine Änderung der Anreizstruktur für die Vergütung von Führungskräften erforderlich.[63] Dazu könnte auch gehören:

■ Steuern auf Vergütungen, die zum Großteil auf Kapitalbeteiligungen beruhen.[64]

■ Die obligatorische Verpflichtung für Unternehmen, das Verhältnis von Gehalt der Geschäftsführung zum mittleren Mitarbeiterlohn anzugeben.[65]

■ Berichtspflicht über den vollen Betrag der Vergütung der Führungskräfte für jede Gesellschaft.[66]

■ Eine Anforderung an die gewählten Arbeitnehmervertretung, in Vergütungsausschüssen mitzuwirken.[67]

■ Obligatorische jährliche Abstimmungen der Aktionäre über die Vergütung der Führungskräfte.

■ Die Unternehmenssteuersätze werden an das Verhältnis von CEO zum mittleren Arbeiterlohn angepasst.[68]

■ Eine Obergrenze für die Vergütung von Führungskräften (z. B. das 12-Fache des Lohns des am geringsten entlohnten Arbeiters[69] oder 20:1[70]).

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen müssen die Regierungen Geschäftsmodelle fördern, die auf langfristige Nachhaltigkeit und einen breiteren Begriff von sozialer Verantwortung setzen,der über die Erzielung von Gewinnen um jeden Preis hinausgeht.[71] Strenge Standards, klare Regeln und Kontrollmechanismen müssen sichergestellt werden, um dafür zu sorgen, dass sich kein Unternehmen seiner steuerlichen sozialen und ökologischen Verantwortung entziehen kann.[72]

■ Es müssen Grenzen und Kontrollen für Outsourcing und Offshoring festgelegt und eine verbindliche Haftung und Sorgfaltspflicht in der Lieferkette eingeführt werden.

■ Es sollte Anreize für eine Reform der Wirtschaftsleistungsindikatoren geben, die sich auf langfristiges nachhaltiges Wachstum, Investitionen in Innovation und Wertschöpfung konzentrieren.[73]

■ Öffentliche Aufträge müssen Qualitäts-, Sozial- und Umweltkriterien enthalten, und die Auftragnehmer sollten für die Leistung von Subunternehmern in der Lieferkette verantwortlich gemacht werden.[74] Das öffentliche Auftragswesen könnte auch eine maximale Lohn- und Gehaltsquote (z. B. 20:1) sowie die Einbeziehung von Vertragsunternehmen in den Bereich der Informationsfreiheit umfassen, um mehr Transparenz bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu fördern.

■ Die europäischen Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen müssen eine Sozialklausel zu Tarifverträgen enthalten, die die Einhaltung des Arbeitsrechts und der Tarifverträge gewährleistet. Die Existenz von Tarifverhandlungen muss ein wesentliches Vergabekriterium sein.[75]

■ Die Staaten müssen die Machtkonzentration in den Händen großer multinationaler Konzerne durch Regulierung und andere Mittel in Frage stellen und demokratische Prozesse stärken.

**“Die Bekämpfung von Ungleichheit ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Warum gibt es Ungleichheiten? Wegen der neoliberalen Politik und des verrückt gewordenen Kapitalismus. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um dies umzukehren: Mindestlöhne, eine Kindergarantie, digitale Ausbildung, ein Verbot von Nullstundenverträgen.**
**Nicolas Schmit, Vorsitzender des Netzwerks der Sozial- und Arbeitsminister der SPE, Minister von Luxemburg**

# HERAUSFORDERUNGEN DER DIGITALEN REVOLUTION UND UNGLEICHHEIT IN INNOVATIONSPROZESSEN

**“Eine digitale Wirtschaft, die den Menschen dient: Das ist es, was wir wollen! Nicht nur, um sicherzustellen, dass die Menschen Smart Apps nutzen können, sondern auch, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gig-Economy Rechte und Sozialschutz haben. Jeder verdient einen gerechten Anteil an den Vorteilen der digitalen Wirtschaft!**
**Agnes Jongerius, MdEP, Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments**

Die Richtung, die Innovation und technologischer Wandel und ihre Ergebnisse einschlagen, sind keine Frage des Schicksals, sondern das Ergebnis bewusster Entscheidungen wirtschaftlicher und politischer Institutionen.

Entwicklungen wie der Übergang zur digitalen Wirtschaft und die zunehmende Automatisierung können und müssen zum Wohle der Menschen aktiv gestaltet werden. Die digitale Revolution hat zwar ein großes Potenzial, birgt aber auch die Gefahr, die Tür zu einer zunehmenden Polarisierung der Beschäftigung zu öffnen (z. B. IKT, Clickworker, Zunahme von Arbeitsplätzen mit geringer Qualifikation, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen durch Automatisierung). Außerdem werden große Teile der Gesellschaft, die mit der Informations- und Kommunikationstechnologie weniger vertraut sind (z. B. ältere Menschen), ausgeschlossen und davon abgehalten, gleichermaßen an der digitalen Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und der Informationsgesellschaft insgesamt teilzunehmen. Sie birgt ferner das Risiko einer Abwendung von der Festanstellung hin zu Gelegenheitsjobs (Workforce Casualisation), der Untergrabung der Arbeitsnormen, der Ermöglichung prekärer Beschäftigungsmodelle und der digitalen Kontrolle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie des Anstiegs der Arbeitskosten und Löhne in Europa und weltweit.[76] Wenn dies nicht gut gehandhabt wird, kann dies zu einer größeren Ungleichheit bei Löhnen und Beschäftigungssituationen führen.

Darüber hinaus ist es nicht nur das Ergebnis des technologischen Wandels, sondern auch der innovationsfördernde Prozess selbst, der zu Ungleichheiten führen kann. Während der Staat oft für wichtige Innovationen (z. B. Internet, Nanotechnologie) verantwortlich ist und Risiken kollektiv eingegangen werden (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler), werden die daraus resultierenden Gewinne zunehmend privatisiert, was Akteuren zugutekommt, die nicht zum Wertschöpfungsprozess beigetragen haben und es schaffen, sich der Besteuerung zu entziehen. Dies verstärkt eine unfaire Verteilung der Gewinne.[77] Der Staat macht und gestaltet Märkte, anstatt sie nur zu

korrigieren[78], weshalb er eine entscheidende Rolle bei der Steuerung von technologischem Wandel und Innovation spielen muss, die der Mehrheit zugutekommen.

### Gewährleistung der Arbeitnehmerrechte und des sozialen Fortschritts in der digitalen Wirtschaft

Um eine digitale Wirtschaft zu gewährleisten, die das Wohlergehen der Menschen und eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrags gewährleistet, ist es unerlässlich, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeiternehmer und den Sozialschutz auf nicht-standardisierte Erwerbsformen auszudehnen, wie wir es in der Publikation „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerrechte und sozialer Fortschritt in der digitalen Wirtschaft“ beschrieben haben.[79]

- Weiterbildung, Ausbildung, Umschulung und lebenslanges Lernen müssen zu einem Recht für alle werden, das es den Menschen ermöglicht, digitale und IKT-Kenntnisse in allen Altersgruppen von klein auf zu erwerben. So wird es jedem ermöglicht, gleichermaßen an der digitalen Wirtschaft teilzunehmen, unabhängig davon, ob es sich um gering qualifizierte, mittel oder hoch qualifizierte Personen handelt.

- Die Geschlechterdimension muss auch in Bezug auf lebenslanges Lernen und digitale Fähigkeiten berücksichtigt werden. Es muss mehr getan werden, um Mädchen und Frauen für IKT und andere digitale Berufe zu gewinnen und das Geschlechterverhältnis in diesem Sektor zu verbessern. Flexibilität ist entscheidend, um kontinuierliche Weiterbildung anzubieten, die sich nicht negativ auf die Work-Life-Balance auswirkt.[80]

- Die Tätigkeiten und Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen anerkannt und registriert werden, um die Übertragbarkeit der Rechte zu gewährleisten. Der Status der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei neuen Beschäftigungsformen muss geklärt werden. Dazu gehören die Ausweitung des Arbeitnehmerstatus auf Plattformarbeitnehmer und Scheinselbständige, die Erweiterung der Definition von Beschäftigung, die Stärkung der Unterstützung für einzelne Selbständige und die Klärung der Definition von Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen. Die vorgeschlagene EU-Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der EU[81] ist eine Gelegenheit, auf diese Herausforderungen zu reagieren.

**“ Die digitale Revolution hat zwar ein großes Potenzial, birgt aber auch die Gefahr, die Tür für eine zunehmende Polarisierung der Beschäftigung und den Ausschluss großer Teile der Gesellschaft zu öffnen.**

■ Selbständige müssen das Recht haben, sich zu organisieren, und Tarifverträge müssen auf nicht-standardisierte Erwerbsformen ausgedehnt werden, um sicherzustellen, dass Unternehmen, die ein Plattformunternehmen betreiben, am sozialen Dialog teilnehmen.

■ Der universelle digitale und nicht-digitale Zugang zu Diensten muss für alle gewährleistet sein. In einer zunehmend digitalen Gesellschaft ist es unerlässlich, anzuerkennen, dass nicht-digitale Dienste aufrechterhalten werden müssen, damit auch Menschen ohne digitalen Zugang erreicht werden.

■ Regierungen müssen den technologischen Wandel in der Arbeitswelt zum Wohle der Menschen und unserer Erde steuern. Verteilungswirkungen, die Frage, welchen sozialen Nutzen der technologische Wandel hat, und die Notwendigkeit, „Arbeitsaufgaben und Funktionen zu erhalten, bei denen die menschliche Komponente zentral ist“[82] müssen ihr Handeln bestimmen.

■ Produktivitätsgewinne, die durch neue Technologien ermöglicht werden, sollten als Möglichkeiten zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit ohne Einbußen betrachtet werden.

## Einen innovationsfördernden Prozess für die Mehrheit fördern

EU-Politikgestaltung und Haushalte, die den technologischen Wandel steuern, sollten die technologische Entwicklung fördern, die einen weitgehend gemeinsamen Wohlstand fördert und im Interesse von Mensch und Umwelt liegt.

■ Die europäische Politik sollte Unternehmen unterstützen, die garantieren, dass Unternehmensressourcen für Investitionen in Innovationen bereitgestellt werden und dass die Unternehmenserträge gerecht an diejenigen verteilt werden, die Innovationen ermöglichen.

■ Unternehmen, die vom Staat bereitgestellte Mittel als Grundlage für erfolgreiche Innovationen genutzt haben, sollten einen Prozentsatz der Gewinne, die sie erzielt haben, an den Staat zurückführen, zusätzlich zu den Steuerzahlungen zu den normalen Sätzen, zurückgeben müssen (Sowohl Patente als auch Urheberrechte könnten so gestaltet werden).[83]

■ Die Regierungen müssen die Urheber- und Patentgesetze überarbeiten, damit die Rechte an geistigem Eigentum im Interesse der Gesellschaft verwaltet werden[84] und „diejenigen, die wertvolle Waren und Dienstleistungen herstellen, können auf eine Weise bezahlt werden, die den Zugang zu ihren Produkten nicht einschränkt“.[85]

■ Steuergutschriften für Forschung und Entwicklung, falls gewährt, sollten so konzipiert sein, dass sie die notwendigen Investitionen in Innovationen fördern.[86]

# LIBERALE POLITIK, „STRUKTURREFORMEN“ UND SPARMASSNAHMEN VOR UND NACH DER KRISE

Die Ungleichheiten in Europa wurden seit den 90er Jahren durch neoliberale Politik, Sparmaßnahmen[87] und „Strukturreformen“ zur Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft weiter verschärft,[88] insbesondere nach der Finanzkrise 2008. Die SPE hat bereits in ihrem „Programm progressiver Reformen“ Alternativen skizziert und den Kampf gegen Ungleichheit in den Mittelpunkt ihres Programms gestellt. Wir sind weiterhin entschlossen, den Schwerpunkt der Reformen zu ändern und progressive Reformen für gerechtere, nachhaltigere und gleichberechtigtere Gesellschaften durchzuführen.

## Schwächung der Gewerkschaften und Tarifverhandlungen

Die Schwächung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung führte zu einer Machtverschiebung weg von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hin zum Kapital und einer Wirtschaft für die Wenigen, und bietet so nicht mehr die Möglichkeit, über eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verhandeln. Dies geschah schrittweise durch eine abnehmende Tarifbindung, Angriffe auf die Autonomie der Sozialpartner auf allen Ebenen, Rückgang der gewerkschaftlichen Organisierung in vielen EU-Ländern und anhaltende Beschränkungen der Gewerkschaftsarbeit durch europäische und nationale Arbeitsgerichte (z. B. Rechtssache Viking[89]).

Die im Anschluss an die Krise verfolgte Politik hat rechtliche Maßnahmen zur Unterstützung von Tarifverhandlungen und breiter Tarifbindung abgebaut.[90] Sie führten auch zu einer allgemeinen Lohnzurückhaltung.[91] Die Europäische Kommission fördert in ihren länderspezifischen Empfehlungen für 2016–2017 weiterhin die interne Abwertung von Löhnen und die Tarifverhandlungen und empfiehlt die Verbesserung der „Kostenwettbewerbsfähigkeit durch Sicherstellung einer moderaten Lohnentwicklung“ durch dezentralere Lohnfindungsmechanismen.[92] Dies hat zu einem Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen und zu einer breiteren Lohnverteilung geführt. Sie hat auch verhindert, dass die Unternehmen ihre Marktmacht weniger ausnutzen.[93]

**“ Die Europäische Kommission setzt sich in ihren länderspezifischen Empfehlungen weiterhin für eine interne Abwertung der Löhne und für Tarifverhandlungen ein.**

**„In den Jahren der Krise und der Sparmaßnahmen wurden die Löhne allzu oft nach unten gedrückt. Wir müssen diesen Trend umkehren. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen eine Gehaltserhöhung, und einige verdienen eine größere Gehaltserhöhung, um die Kluft zwischen den am besten bezahlten und den am schlechtesten bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verringern.**
**Esther Lynch, Confederal Secretary des Europäischen Gewerkschaftsbunds**

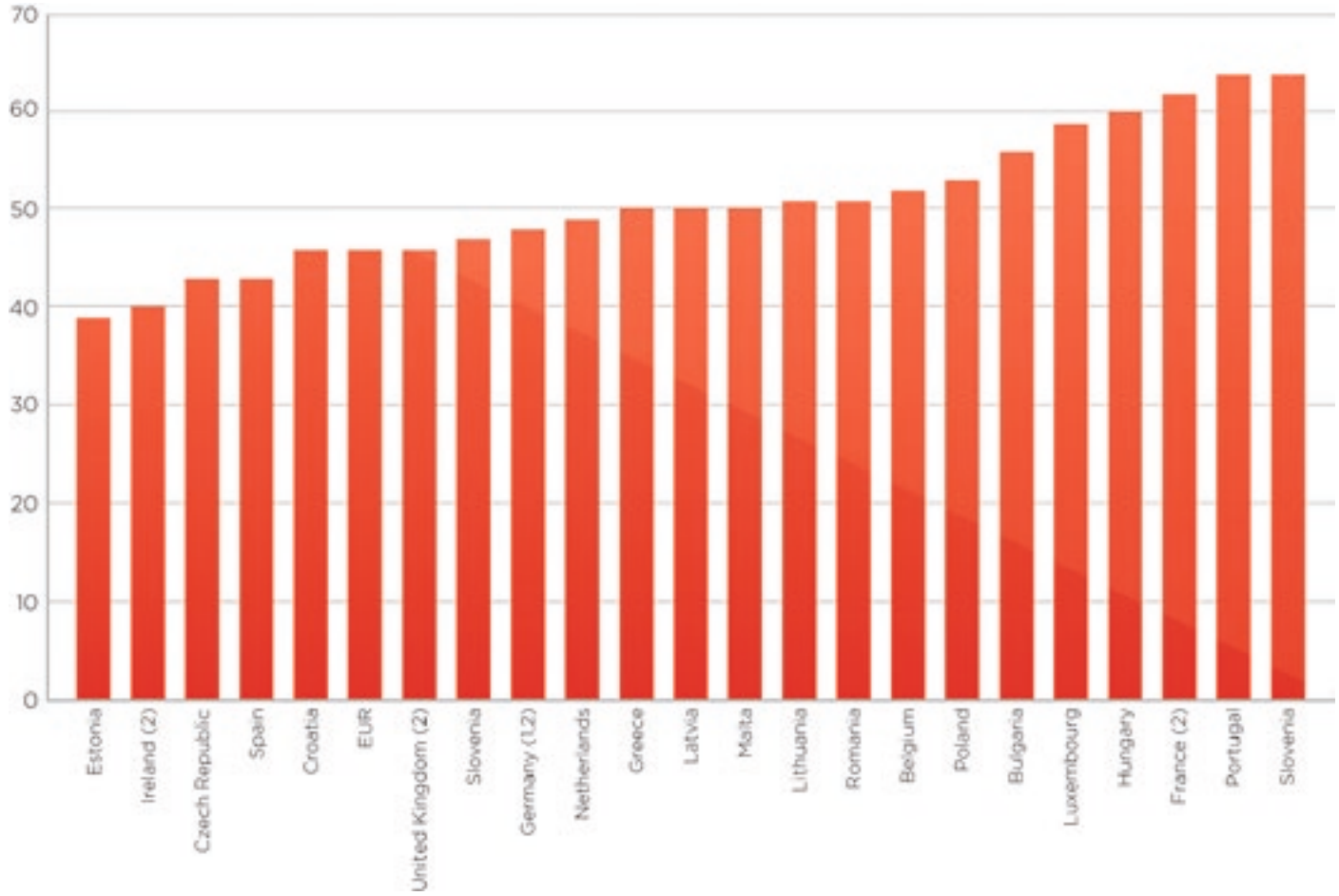
Darüber hinaus bleibt in vielen EU-Ländern der Mindestlohn zu niedrig, als dass selbst ein Vollzeitbeschäftigter einen angemessenen Lebensstandard erreichen könnte.[94]

### Förderung höherer Löhne und Stärkung der Gewerkschaften

Um die Machtverschiebung von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weg umzukehren, müssen die Gewerkschaften gestärkt werden. Zur Bekämpfung von Lohnwettbewerbsstrategien und Lohnzurückhaltung sind Lohnerhöhungen dringend erforderlich.

■ Die Löhne müssen den Produktivitätssteigerungen entsprechen. Seit mehr als 30 Jahren steigt die Produktivität schneller als die Löhne, wobei die Löhne im Verhältnis zum Wohlstand sinken, zu größerer Ungleichheit führen und den sozialen Zusammenhalt untergraben.[95]

■ Um die Löhne in ganz Europa zu erhöhen, wollen wir Mindestlöhne, die mindestens 60 % des nationalen Medianeinkommens betragen und auf jeden Fall über der Armutsgrenze liegen. Dies soll entweder durch Rechtssetzung oder Tarifverhandlungen erreicht werden. Dieses Ziel sollte in der wirtschaftspolitischen Steuerung (Economic Governance) der EU und in ihrem Hauptinstrument, dem Europäischen Semester, verankert werden.[96]




Mindestlöhne nach Ländern in Prozent des Bruttomedianeinkommens.

■ Im Rahmen der jährlichen Wachstumserhebung sollte ein Index der existenzsichernden Löhne erstellt werden, der die Grundlage für verbindliche Ziele für die Maßnahmen der Mitgliedstaaten bildet.[97]

■ Wir müssen die altersbedingte Diskriminierung beim Zugang zu Mindestlöhnen beenden.[98]

■ Die Gewerkschaften und das Recht auf Tarifverhandlungen müssen gestärkt und die Autonomie der Sozialpartner muss gewahrt werden. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen in den sozialen Dialog und den Kapazitätsaufbau für Gewerkschaften investieren,[99] und die Mittel dafür müssen auch Organisationen auf EU-Ebene wie den europäischen Gewerkschaftsverbänden zur Verfügung gestellt werden.

■ Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen sich verpflichten, Reformen durchzuführen, die Arbeitnehmerrechte zu stärken und die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern, die Reichweite von Tarifverhandlungen auszuweiten und die gewerkschaftliche Organisation zu fördern.

■ Die Arbeitnehmervertretung auf Unternehmensebene muss mit starken branchenspezifischen Tarifverhandlungen kombiniert werden.

■ Die Vereinbarungen der Sozialpartner auf EU-, internationaler und nationaler Ebene müssen eingehalten werden.

## Deregulierung der Arbeitsmärkte, Zunahme prekärer Arbeitsplätze und Unterbeschäftigung

Neoliberale „Strukturreformen“ haben im Namen der Arbeitsmarktflexibilität die Arbeitsnormen, Sozialversicherungssysteme und Arbeitnehmerrechte zunehmend untergraben. Sie haben die Arbeitsmärkte dereguliert und das Arbeitsrecht geschwächt.[100] Dies geschah mit dem Versprechen, die Festanstellung attraktiver zu machen und die Gesamtbeschäftigung zu fördern.

Dennoch haben „Strukturreformen“ in dem Jahrzehnt vor der Krise, während der Krise und erneut nach der ersten Welle der Krise,[101] nicht-standardisierte Erwerbsformen gefördert, ohne eine Erhöhung der Arbeitsnachfrage zu bewirken. Im Jahr 2016 war die tatsächliche Zahl der Arbeitsplätze noch niedriger als im Jahr 2008. Der Gesamtanteil der Langzeitarbeitslosen ist von 2013 bis 2015 weiter gestiegen. Neu geschaffene Arbeitsplätze sind überwiegend befristet oder in Teilzeit. Nach Angaben des EGB ist fast jeder fünfte Arbeitsplatz in Teilzeit und über 14 % sind befristet. Fast ein Viertel des EU-Arbeitsmarktes besteht aus atypischen Arbeitsplätzen, unabhängig davon, ob es sich um Selbstständige handelt oder nicht, die keine angemessene Vergütung und die gleichen Rechte wie normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genießen.[102]

Anstatt die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern, haben die „Strukturreformen“ die Anreize für die Unternehmen verstärkt, bei Niedriglöhnen zu konkurrieren und weniger Sozialschutz zu bieten, anstatt bei Nachhaltigkeit, Innovation und Produktivität zu konkurrieren, sodass immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Arbeitsplatzsicherheit, ausreichende Entlohnung oder Sozialschutz auskommen und dadurch die Ungleichheit weiter zunimmt.[103]

## Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet sein. Deshalb fordern wir:

- Eine EU-Rahmenrichtlinie über menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigungsformen, die jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer eine Reihe von durchsetzbaren Rechten garantiert und Diskriminierung aufgrund des vertraglichen Status beseitigt.[104]

- Ein Rahmen für qualitativ hochwertige, bezahlte Praktika und Lehrstellen, der auf einem Vertragsverhältnis zwischen Auszubildendem und Arbeitgeber beruht und Rechte und Pflichten für jeden einzelnen festlegt, insbesondere in Bezug auf Dauer, Vergütung und Versicherung.[105]

- Ein Verbot der prekärsten Formen der Arbeit, wie z. B. Nullstundenverträge.

- Effektive Durchsetzung der Arbeitsnormen zur Gewährleistung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen. Auf europäischer Ebene könnte dies von einer Europäischen Arbeitsbehörde mit wirksamen Befugnissen und finanziellen Mitteln unterstützt werden, die die nationalen Praktiken sowie die Rolle und Autonomie der Sozialpartner in jedem Mitgliedstaat respektiert.[106] Sie sollte die Sozialpartner eng in ihre Leitung einbeziehen.

- Altersgerechte Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz. Besonderes Augenmerk sollte auf flexible Möglichkeiten am Ende der Karriere gelegt werden, ohne die Rentenansprüche zu verlieren, einschließlich der Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung entsprechend der beruflichen Belastung.

## Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Reduzierung des Sozialschutzes

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes ging einher mit einer Senkung der Sozialschutzausgaben, die diejenigen hätten schützen können, die unter Einkommensunsicherheit leiden.[107] Dies gilt insbesondere für die Mitgliedstaaten, die finanzielle Unterstützungsprogramme verabschieden mussten, obwohl dies wohl die Länder mit dem größten Bedarf an einem Sicherheitsnetz sind.[108]

Ein Rückgang der Sozialversicherungsbudgets hat zu einer Kürzung der Unterstützung und Leistungen für die Ärmsten Europas geführt.[109] Die Programme in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnen, Renten und Sozialpolitik sind stark unterfinanziert. Im Jahr 2010 verzeichneten die Gesundheitsausgaben in Europa den ersten Rückgang seit Jahrzehnten.[110] Diese Kürzungen hatten gravierende Auswirkungen auf die Ungleichheit und die Gesellschaft insgesamt. Darüber hinaus sind die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitiken und Einkommensunterstützung außerhalb der Erwerbstätigkeit zurückgegangen. Dies ist angesichts der enormen Herausforderung, die die Arbeitslosigkeit in Europa aufgrund der Wirtschaftskrise mit sich bringt, besonders besorgniserregend.[111] Die Sozialpolitik und das Sozialsystem dürfen nicht mehr als Haushaltsbelastung, sondern müssen als produktive Sozialinvestition wahrgenommen werden.

**“Wir haben ein soziales Projekt für Europa. Dennoch müssen wir sicherstellen, dass in der EU weder wirtschaftliche Freiheiten noch Wettbewerbsregeln Vorrang vor sozialen Grundrechten haben. Aufbauend auf der Europäischen Säule der sozialen Rechte muss den Verträgen ein soziales Fortschrittsprotokoll hinzugefügt werden.**
**Stefan Gran, Direktor des EU-Verbindungsbüros des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

### Stärkung des Sozialschutzes und Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Bürgerinnen und Bürger in schwierigen Zeiten

Starke Sozialsysteme und Sozialschutz sind entscheidend für die Bekämpfung von Ungleichheit. Der Staat ist der effizienteste und wirksamste Anbieter vieler öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere solcher mit natürlichen Monopolen oder solchen, die Werte beinhalten, die sich nicht angemessen im Preis widerspiegeln. Die Europäische Union muss die Mitgliedstaaten in folgenden Bereichen unterstützen
Stärkung ihrer Sozialsysteme (Bildung, Gesundheit, Renten und Transfers), Gewährleistung einer wirksameren Umverteilung und gerechteren Verteilung unter Berücksichtigung neuer sozialer Risiken und gefährdeter Gruppen. Wir müssen qualitativ hochwertige öffentliche Dienste garantieren, die einen effektiven und zeitnahen Zugang für alle gewährleisten, für soziale und altersgerechte Wohnungen, erschwingliche Gesundheitsversorgung (sowohl präventive als auch kurative), öffentliche Gesundheitsdienste und Pflege einschließlich Langzeitpflege.[112]

■ Es muss ein europäischer Rechtsrahmen geschaffen werden, um jedem europäischen Bürger und jeder Bürgerin – und allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in allen Formen der Beschäftigung und Arbeitszeitenregelung – einen sozialen Schutz zu gewährleisten, der einen universellen und gleichberechtigten Zugang zu den Rechten, Leistungen und Ansprüchen des Sozialschutzes, einer hochwertigen Gesundheitsversorgung, der Mindesteinkommenssicherung und dem Zugang zu

den auf nationaler Ebene als notwendig erachteten Gütern und Dienstleistungen gewährleistet – im Einklang mit der entsprechenden Empfehlung der internationalen Arbeitsorganisation (IAP), indem ein wirksames soziales Sicherheitsnetz angeboten wird, das in schwierigen Zeiten eingesetzt werden kann.[113]

■ Der Sozialschutz muss obligatorisch sein. Die uneingeschränkte Übertragbarkeit und das Ansammeln von Rechten, Zusatzleistungen und Ansprüchen müssen unabhängig von Form und Dauer des Arbeitsverhältnisses gewährleistet sein.

■ Ein europaübergreifendes System der Arbeitslosenversicherung, das die derzeitigen Leistungssysteme der einzelnen Mitgliedstaaten ergänzt, könnte als automatischer Stabilisator fungieren und eine wichtige Rolle bei der Verringerung der Ungleichheiten zwischen den Ländern spielen und Unregelmäßigkeiten auffangen.

■ Ein weiterer Schwerpunkt muss auf Langzeitarbeitslose gelegt werden, um die Umsetzung der in der Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt über den Europäischen Sozialfonds und das Europäische Semester dargelegten Reformen zu gewährleisten.[114]

■ Die öffentliche Beschäftigung von Mitarbeitern für Projekte von allgemeinem Interesse könnte als eine Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen werden, die auf der Praxis der „Gebiete mit Null Langzeitarbeitslosen“ aufbaut.[115]

■ Besondere Aufmerksamkeit muss den wachsenden Ungleichheiten im Gesundheitswesen aufgrund sozioökonomischer Unterschiede geschenkt werden.

**Eine von sozialen Zielen geleitete Investitionsstrategie.**

Um den Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik rückgängig zu machen, ist es an der Zeit, echte soziale Investitionen zu fördern. Dazu gehören Investitionen in Bildung und Menschen, in solide Sozialsysteme und in die soziale Infrastruktur.

**“ Die Bekämpfung der Ungleichheit muss eine gemeinsame Priorität sein, die ganz oben auf der politischen Agenda der EU steht. Eine wirksame Strategie erfordert auch eine haushaltspolitische Komponente mit einer robusten Investitionsfähigkeit. Die Sozialinvestitionen müssen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.**
**Laszlo Andor, Institutsleiter und außerordentlicher Professor an der Corvinus-Universität in Budapest und ehemaliger EU-Kommissar.**

■ Um das Wohlergehen und die Persönlichkeitsentfaltung aller Kinder in Europa zu gewährleisten, ist es unerlässlich, in den Kampf gegen die Kinderarmut zu investieren. Den Kindern in Europa muss eine kostenlose Gesundheitsversorgung, kostenlose Bildung, kostenlose Kinderbetreuung, angemessene Unterbringung und angemessene Ernährung im Rahmen einer Kindergarantie gewährleistet sein.[116] Darüber hinaus könnte „für alle Kinder ein Kindergeld zu einem hohen Satz gezahlt werden und dabei als Einkommen besteuert werden".[117]

■ Um junge Menschen wirksam beim Eintritt in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, muss die Finanzierung der Europäischen Jugendgarantie ab 2020 erweitert und mit zusätzlichen Mitteln verstärkt werden, um ihre gleichberechtigte Umsetzung in allen Mitgliedstaaten sowie die Chancengleichheit für alle jungen Menschen zu gewährleisten.[118]

■ Damit die Staaten in der Lage sind, zuverlässige Systeme der sozialen Sicherheit einzuführen, sind regelmäßige und verstärkte Investitionen in die soziale Infrastruktur und in Sozialdienste erforderlich. Investitionen in Sozialdienstleistungen schaffen Arbeitsplätze, bringen einen wirtschaftlichen Mehrwert und tragen zum Wohlergehen aller bei. Die EU muss diesen Zielen Vorrang einräumen und den Spielraum für die Mitgliedstaaten schaffen.

■ Die Sicherstellung, dass öffentliche Dienste über die Mittel zur Erfüllung ihres Auftrags verfügen, ist entscheidend für den effektiven Zugang zu Sozialwohnungen, Gesundheitsversorgung, Pflege und grundlegenden Dienstleistungen.

■ Der nächste mehrjährige Finanzrahmen der EU sollte Raum für soziale Investitionen und Investitionen in soziale Infrastrukturen wie erschwingliche und hochwertige Wohnungen oder Gesundheitsversorgung bieten.

■ Parallel dazu sollten spezifische Investitionen, die nicht ausschließlich soziale Ziele verfolgen, wie beispielsweise Investitionen in die Energieeffizienz, eine starke soziale Dimension umfassen. Öffentliche Investitionen könnten beispielsweise auf die Bekämpfung der Energiearmut ausgerichtet sein und den Zugang zu erschwinglicher, sicherer und sauberer Energie für alle ermöglichen. Dies kann durch gezielte Sanierungsangebote, Anreize für Vermietern von sozialem Wohnraum zur Nachrüstung und Förderung der Eigenerzeugung von Energie geschehen.

**„Die Europäische Union muss die Mitgliedstaaten bei der Stärkung ihrer Sozialsysteme unterstützen."**

# BEKÄMPFUNG DES VERSCHÄRFTEN STEUERWETTBEWERBS

Das Zahlen von Steuern ist ein grundlegender Aspekt unserer Gesellschaft und stellt sicher, dass jeder mit seinem gerechten Anteil dazu beiträgt.

Anstatt jedoch ein faires Steuersystem aufzubauen, das Ungleichheiten korrigiert, gehen die Trends innerhalb Europas in die entgegengesetzte Richtung und fördern den Steuerwettbewerb. Die geringere Progressivität des Steuersystems hat dazu geführt, dass die Spitzenverdiener weniger zahlen, während der Rest mehr zahlt oder ein niedrigeres Niveau an öffentlichen Dienstleistungen erhält. Es gibt keine Beweise, dass dies, wie oft behauptet, zu mehr Investitionen, Arbeitsplätzen oder Wachstum geführt hat.

„Strukturreformen", die eine Verlagerung vom Kapital hin zu Konsumsteuern befürworten, haben die Durchschnittsbürger und die am stärksten gefährdeten unter ihnen ungerecht belastet. Gleichzeitig sind die Einnahmen aus den höchsten Körperschaftsteuersätzen drastisch gesunken[119], mit einer Körperschaftsteuer, die nur einen geringen Anteil am Steuereinkommen in der EU ausmacht.[120] Dies ist zum Teil auf reduzierte Leitsteuersätze und verschiedene Ausnahmeregelungen (z. B. „Lizensboxen" in 12 EU-Staaten) zurückzuführen, die die Staaten Unternehmen gewähren, da sie im Wettbewerb um Investitionen stehen, sowie auf die Entwicklung der digitalen Wirtschaft, bestimmter Abkommen oder gesetzlicher Schlupflöcher, wie Verrechnungspreise[121] und Vorabpreisvereinbarungen,[122] Tochtergesellschaften in Steueroasen[123] oder Steuerabkommen, die es multinationalen Unternehmen ermöglichen, wenig Steuer auf Gewinne zu zahlen.

Die bestehenden Schutzmaßnahmen sind im Allgemeinen undicht und schwach, was dazu führt, dass die internationalen Steuersysteme immer komplexer werden und weitere Möglichkeiten der Profitmaximierung mittels Marktverzerrung (Rent-Seeking) bieten. Damit ist die Körperschaftsteuer nicht mehr ein entscheidendes Auffangnetz für die Einkommensteuer und hindert vermögende Privatpersonen nicht mehr daran, ihr Einkommen in eine unternehmerische Gesellschaftsform umzudefinieren, um niedrigere Steuersätze zu zahlen.[124] Darüber hinaus sind die Steuersätze auf Vermögen und Spitzeneinkommen weiter gesunken, und das auf Offshore-Konten gehaltene Privatvermögen ist rasant gewachsen, wobei ein großer Teil davon nicht besteuert zu werden scheint. Schätzungen des globalen privaten Finanzvermögens in Steueroasen reichen von 7,6 Billionen Dollar (2013) bis zu 32 Billionen Dollar (2014).[125]

**„Anstatt ein faires Steuersystem aufzubauen, das Ungleichheiten korrigiert, gehen die Trends innerhalb Europas in die entgegengesetzte Richtung.**

# “Die Plattformwirtschaft muss, wie jeder Sektor, Steuern und Sozialbeiträge zahlen und die arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften einhalten.

**Sicherstellung eines progressiven Steuersystems**

Ein faires, fortschrittliches Steuersystem ist ein zentrales Element bei der Bekämpfung von Ungleichheiten.[126] Das bedeutet ein Steuersystem, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten zur Gesellschaft beiträgt. Um dies zu erreichen, könnten die folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

■ Die Progressivität der Einkommensteuer für natürliche Personen könnte durch die Einführung einer Struktur des Steuersatzes erhöht werden, bei der die Grenzsteuersätze nach graduell mit der Höhe des zu versteuernden Einkommens steigen, verbunden mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

■ Die Progressivität könnte verbessert werden, indem „ein Nachlass auf die Einkommenssteuer für Erwerbsarbeit natürlicher Personen eingeführt werden, die auf die erste Einkommenskohorte beschränkt ist“.[127]

■ Einkünfte aus Erbschaften und Schenkungen unter Lebenden (inter vivos) könnten mit einer progressiven Kapitalertragssteuer und einer proportionalen oder progressiven Vermögenssteuer besteuert werden. Die Steuer sollte sich dabei nach den aktuellen Vermögenswerten richten.[128]

■ Obwohl die meisten dieser Maßnahmen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, können sie dennoch von den europäischen Institutionen durch ihre länderspezifischen Empfehlungen gefördert werden.

**Sicherstellen, dass digitale Plattformen zu ihrem fairen Anteil beitragen.**

Unternehmen der Plattformwirtschaft sind oft international und geben dort ihre Gewinne bei der Steuer an, wo die Steuersätze niedriger sind. Offensichtlich ist die digitale Wirtschaft und insbesondere die Plattformwirtschaft versucht, Outsourcing und Dumping als Geschäftsmodell zu nutzen. Daher ist es unerlässlich, dass internationale Unternehmen ihren gerechten Anteil an den nationalen Steuern und Abgaben dort zahlen, wo sie ihre Geschäftstätigkeit tatsächlich ausüben.

■ Die Plattformwirtschaft muss, wie jeder Sektor, Steuern und Sozialbeiträge zahlen und die arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften einhalten.

■ Es gibt technische Mittel, um die Kosten des Sozialschutzes in neue Formen der Arbeit zu integrieren; wir müssen sicherstellen, dass sie genutzt werden, z. B. durch die Erhebung einer Steuer auf jedes Online-Geschäft.

■ Um die Auswirkungen der Robotik und der künstlichen Intelligenz auf den Arbeitsmarkt zu mildern, sollten Steuern auf die von einem Roboter ausgeführte Arbeit oder eine Gebühr für die Nutzung und Wartung eines Roboters vorgesehen werden.

■ Die Bemühungen um die Gestaltung und Umsetzung von EU-Vorschriften und international ausgehandelten Lösungen müssen weiter intensiviert werden. Sie müssen auf EU- und internationaler Ebene als höchste Priorität eingestuft werden.

■ Zusätzliche Lösungen könnten am Beispiel bestehender Vereinbarungen zwischen Plattformen und lokalen Behörden aufgebaut werden.[129]

**Beendigung von unlauterem Wettbewerb und Geldwäsche**

Die Körperschaftssteuer ist eine progressive Steuer und die daraus resultierenden Einnahmen sind wichtig, um Ungleichheiten zu beseitigen. Um das derzeitige Körperschaftsteuersystem fairer und transparenter zu gestalten und einem Steuerwettbewerb nach unten ein Ende zu setzen, könnten folgende Maßnahmen ergriffen werden.[130]

- Der Wettlauf um die niedrigsten Körperschaftsteuersätze muss beendet werden.

- Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) sollte umgesetzt werden, indem transnationale Unternehmen entsprechend dem tatsächlichen wirtschaftlichen Gehalt ihrer Tätigkeit besteuert und wie einheitliche Großunternehmen behandelt werden. Ähnliche Formen der einheitlichen Besteuerung sollten auf internationaler Ebene verfolgt werden.

- Transparenz, Zusammenarbeit und Koordinierung sollten durch länderweise Berichterstattung, automatischen Informationsaustausch von Bankdaten zwischen den Ländern auf multilateraler Basis und ein globales und europäisches Finanzregister gewährleistet werden, das dem Finanzgeheimnis ein Ende setzt, indem die tatsächlichen wirtschaftliche Eigentumswerte ermittelt werden.

- Für Banken, juristische und natürliche Personen, die Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung unterstützen, sollten strengere Sanktionen festgelegt werden.

- Wir müssen die Geldwäsche, die Steuervermeidung und die Steueroasen bekämpfen.

- Whistleblower müssen vollständig geschützt werden.

# SOZIALE, GESCHLECHTSSPEZIFISCHE UND GENERATSÜBERGREIFENDE UNGLEICHHEITEN

Die Ungleichheit in Löhnen, Beschäftigungssituationen und verfügbarem Einkommen wurde durch Strukturen verschärft, die Minderheiten oder Frauen am gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen, der Teilnahme am Wettbewerb zu den gleichen Bedingungen und am Zugang zu gleichen Löhnen hindert.

Das historisch hohe Niveau der Ungleichheit hat nicht nur schwerwiegende Auswirkungen auf unsere Gesellschaften hier und jetzt, sondern führt auch zu generationsübergreifender Ungerechtigkeit, wenn sie nicht wirksam angegangen wird. Mangel und Ungleichheiten bei Löhnen, Beschäftigungssituationen oder regressiven Verteilungspolitiken einer Generation schaffen ungleiche Chancen für die nächste Generation und werden im Alter weiterhin und vertieft. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf.

**“ Um Ungleichheiten wirksam zu bekämpfen, muss jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung Geschichte werden.**

### Ende der sozialen Diskriminierung

Um Ungleichheiten wirksam zu bekämpfen, muss jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung Geschichte werden. Jede Art von Diskriminierung ist inakzeptabel, sei es aufgrund von Hautfarbe, Behinderung, Religion, Langzeitkrankheit, Herkunft, Alter, Geschlecht, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung.

■ Die Gleichbehandlungsrichtlinie von 2008 muss endgültig verabschiedet und die vollständige Umsetzung des Gesetzes über die Barrierefreiheit sichergestellt werden.[131]

■ Die Diskriminierung beim Zugang zur Beschäftigung muss bekämpft werden, indem finanzielle Anreize für die Einstellung diskriminierter Gruppen sowie wirksame Sanktionen gegen Arbeitgeber, die diskriminierende Praktiken anwenden, geschaffen werden.[132]

■ Die geschlechtsspezifische Ungleichheit muss beendet und die geschlechtsspezifische Lohn- und Rentenlücke geschlossen werden. Ziele zur Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles (2 % pro Jahr, pro Mitgliedsland und Altersgruppe) und zur Lohndiskriminierung müssen gefördert werden, wobei sicherzustellen ist, dass die Kommission diese Ziele im Rahmen des Europäischen Semesters in ihrer jährlichen Wachstumserhebung und ihren länderspezifischen Empfehlungen festlegt.[133]

■ Zur Unterstützung dieses Prozesses müssen wirksame Mechanismen eingesetzt werden, die den nationalen Tarifverhandlungspraktiken entsprechen, wie z. B. Prüfungen zur Entgeltgleichheit.[134]

■ Das von der Kommission vorgeschlagene Gesetzespaket zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben muss noch vervollständigt werden, einschließlich eines Vorschlags für eine neue Mutterschutzrichtlinie, eine Richtlinie über Eltern- und Vaterschaftsurlaub und eine Richtlinie über Langzeitpflege und Pflegekräfte.

**“ Der Zugang zu lebenslangem Lernen, Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten muss für alle Realität werden.**

**Sicherstellung einer Gesellschaft, in der jede Generation in Würde leben kann.**

Jede Generation muss in der Lage sein, in Würde leben zu können. Die folgenden Politikvorschläge zielen zusammen mit den oben vorgeschlagenen darauf ab, die Ungleichheiten zwischen den Generationen zu beseitigen.

■ Jedes Kind und jeder Jugendliche muss eine bestmögliche Ausbildung erhalten, damit nicht mehr die persönliche Biografie der Schülerin und des Schülers der Schlüssel zum Erfolg ist, sondern die Leistung und das Talent. Dazu gehören die frühkindliche Betreuung und Bildung, die Sicherstellung einer individuellen Hausaufgabenbetreuung sowie Investitionen in Bildung und Ausbildung, um sicherzustellen dass jede und jeder eine weiterführende (Aus)Bildung erhält, eine Qualifikationsgarantie für alle.

■ Es müssen stärkere Anreize für den Hochschulzugang für Studenten geschaffen werden, die aus Haushalten mit niedrigem Einkommen kommen (einschließlich Stipendien zur Deckung der Lebenshaltungskosten), aber auch eine stärkere Unterstützung für die Berufsausbildung und die Ausbildung. Studiengebühren (auch auf Master-Ebene) sollte für alle erschwinglich sein, sodass Studiendarlehen nur kontrolliert und begrenzt notwendig sind.

■ Der Zugang zu Möglichkeiten des lebenslangen Lernens, der Umschulung und der Weiterbildung muss für alle, auch für ältere Menschen, ein Leben lang und während der gesamten beruflichen Laufbahn Realität sein. Den Sozialpartnern kommt bei der Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Schlüsselrolle zu, und zu diesem Zweck müssen EU-Mittel bereitgestellt werden – auch für Organisationen auf europäischer Ebene. Universeller Zugang zu öffentlichen, solidarischen und angemessenen Renten und Altersrenten muss garantiert sein.

■ Es muss ein europäischer Rechtsrahmen geschaffen werden, der sicherstellt, dass jede Bürgerin und jeder Bürger eine Mindestrente erhält, die vom nationalen Durchschnittslohn abhängt. Jeder Mitgliedstaat sollte verpflichtet werden, die Mindestrente schrittweise über die Armutsgrenze (60 % des nationalen Medianeinkommens) anzuheben.[135]

■ Die Regierungen könnten die Möglichkeit sondieren, „über nationale Sparbriefe einen garantierten positiven Realzins auf das Sparvermögen mit einem maximalen Anteil pro Person anzubieten“,[136] was die Rentner unterstützen könnte.

■ Die Entwicklung von Lebenszyklusansätzen am Arbeitsplatz kann dazu beitragen, ältere Menschen länger in Beschäftigung zu halten und Wissen und Erfahrungen über Generationen hinweg zu vermitteln. Diese Ansätze sorgen für ein gesundes Arbeitsumfeld und fördern die Interaktion, Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den verschiedenen Altersgruppen.

# SCHLUSSFOLGERUNG

Eine tragfähige Grundlage für die Zukunft unserer Gesellschaft kann nur gefunden werden, wenn wir erfolgreich gegen Einkommens- und Vermögensunterschiede vorgehen und die Ungleichheit in allen Bereichen unserer Gesellschaften bekämpfen und universellen Zugang zu Wissen und Macht gewährleisten.

Das hohe Maß an Ungleichheit, mit dem wir konfrontiert sind, ist weder unvermeidbar, noch entsteht es von alleine. Es ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, die Politik und Strukturen prägen, die unsere Wirtschaft leiten und unser Zusammenleben bestimmen. Es sind diese Politik und Strukturen, die zu einer Wirtschaft geführt haben, die nur Wenigen zugutekommt und die Macht von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Bürgerinnen und Bürgern in Richtung Kapital verlagert. Das Kapital wird dem Wohlergehen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Bevölkerung vorgezogen. Als SPE stellen wir diese Politiken ständig in Frage und kämpfen für die Neugestaltung dieser Strukturen.

Wir werden bei den bevorstehenden Europawahlen weiterhin für diese Werte kämpfen: eine demokratische Gesellschaft und Wirtschaft, die allen zugutekommt – eine Gesellschaft, in der jeder in Würde leben kann.

# ANMERKUNGEN

## Seite 05
### Vorwort

[1] Barr, N. (2012). „3.2.2 The relevance of efficiency to different theories of society". Economics of the Welfare State (5th ed.). Oxford University Press. S. 46. ISBN 978-0-19-929781-8

## Seite 09
### Einführung

[2] „Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat zum Beispiel die Regierungen aufgefordert, eine bessere Politik der Einkommens- und Vermögensumverteilung in Betracht zu ziehen", Esther Lynch. 21. Dezember 2017. „Gewerkschaften an vorderster Front im Kampf gegen Ungleichheit". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.socialeurope. eu/trade-unions-frontline-battle-inequality

[3] Tatsächlich betont die OECD, dass die Verringerung der Ungleichheit um einen Gini-Punkt zu einer kumulierten Wachstumssteigerung von 0,8 % in den folgenden fünf Jahren führen würde, Javi Lopez. 7. Dezember 1990. „Inequality More Than Matters"'. Social Europe. Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.socialeurope.eu/inequality-more-than-matters.Javi Lopez

[4] Richard Wilkinson and Kate Pickett.2010. „The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone". Penguin Books. London

[5] Committee on Employment and Social Affairs. 10 October 2017. „On combating inequalities as a lever to boost job creation and growth" (2016/2269(INI))

[6] Tony Atkinson. (2016). „Inequality: What Can Be Done About It?". Social Europa. Zugang am 7. Dezember 2017 https://www.socialeurope.eu/inequality-can-done

[7] Richard Wilkinson and Kate Pickett.2010. „The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone". Penguin Books. London

[8] https://www.pes.eu/en/about-us/our-values/, https://www.pes.eu/export/sites/default/Downloads/PESDocuments/pes_fundamental_programme_en.pdf_1488447709.pdf , https://www.pes.eu/export/sites/default/Downloads/PES-Documents/110001306_PES_Manifesto_UK.pdf_2063069299.pdf , https://www.pes.eu/export/sites/default/Downloads/Policy-Documents/Social_Jobs/PES_Brochure_progressive_reforms-150dpi_FINAL-March2016.pdf_753497852.pdf

[9] Committee on Employment and Social Affairs. 10 October 2017. „On combating inequalities as a lever to boost job creation and growth" (2016/2269(INI))

## Seite 10
### Kontext

[10] Analyse der Daten der 1980er bis 2000er Jahre

[11] OECD.2016. „In it Together: Why Less Inequality Benefits All." Zugriff am 1. März 2017. http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/employment/in-it-together-why-less-inequality-benefit-sall_9789264235120-en#.WK18sfI2U50 S.6

[12] OECD. 2008. „Growing Unequal". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oecd.org/els/soc/41527936.pdf, betonte, dass die Ungleichheit bei der Verteilung der Markteinkommen - Bruttolöhne, Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, Kapitaleinkommen und Erträge aus Ersparnissen zusammengenommen - in fast allen OECD-Ländern zwischen Mitte der 80er und Mitte der 2000er Jahre zugenommen hat, zusammenfassend betrachtet sind wir geteilt.

[13] Tony Atkinson. 2016. 2Inequality: What Can Be Done About It?" [„Ungleichheit. Was wir dagegen tun können" Stuttgart 2016] Social Europe. Zugriff am 7. Dezember 2017. https://www.socialeurope.eu/inequality-can-done

[14] Es geht darum, wie wir uns das Zusammenleben vorstellen, das eine gemeinsame Entscheidung sein muss.

[15] Grundsatzprogramm der SPE, Juni 2013

[16] Art. 8, Art. 9, TFEU, http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012E/TXT&from=EN

[17] OECD.2016. „In it Together: Why Less Inequality Benefits All." Zugriff am 1. März 2017. http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/employment/in-it-together-why-less-inequality-benefitsall_9789264235120-en#.WK18sfI2U50 Seite 6

[18] Grundsatzprogramm der SPE

## Seite 11
### Die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen – Trends und derzeitige Situation

[19] OECD.2017. „Understanding the Socio-economic Divide in Europe". Zugriff am 12. Januar 2018. http://www.oecd.org/inclusive-growth/about/centre-for-opportunity-and-equality/cope-divide-europe-2017-background-report.pdf

[20] außer in den Niederlanden: Rückgang im Laufe der 2000er Jahre nach einem Anstieg Mitte der 1990er Jahre

[21] Timothy Smeeding, Salvatore Morelli, Jeffrey Thompson. 2014. „Recent Trends in Income Inequality in the Developed Countries2, in Journal For A Progressive Economy. Band 2

[22] "Timothy Smeeding, Salvatore Morelli, Jeffrey Thompson. 2014. „Recent Trends in Income Inequality in the Developed Countries", in Journal For A Progressive Economy. Band 2

[23] OECD.2017. „Understanding the Socio-economic Divide in Europe". Zugriff am 12. Januar 2018. http://www.oecd.org/inclusive-growth/about/centre-for-opportunity-and-equality/cope-divide-europe-2017-background-report.pdf

[24] Während in den 1980er Jahren das durchschnittliche verfügbare Einkommen der reichsten 10 % rund 7-mal höher war als das der ärmsten 10 %, ist es heute rund 9,5-mal höher. Die OECD schätzt, dass im Durchschnitt im OECD-Raum das obere Dezil der Verteilung des verfügbaren Einkommens der Haushalte 25 % des gesamten Haushaltseinkommens ausmacht. OECD (2017)

[25] Dies könnte auf eine Abschwächung der automatischen Stabilisatoren bei einer Erholung der Wirtschaft in einigen Ländern oder den Wegfall von Konjunkturmaßnahmen in den ersten Krisenjahren zurückzuführen sein, OECD (2017) Die Einkommensungleichheit bleibt angesichts der schwachen Erholung hoch.

[26] In den südeuropäischen Ländern sind die Realeinkommen seit 2007 um 10 % gesunken, zwischen 12 % und 28 % jährlich.

[27] Oxfam betont in seiner Publikation 2014, dass „in den wohlhabenden Nationen der Europäischen Union (EU) 123 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, was fast ein Viertel der Bevölkerung ausmacht, während fast 50 Millionen Menschen mit schwerer materieller Deprivation leben, ohne genügend Geld, um ihre Häuser zu heizen oder unvorhergesehene Ausgaben zu bewältigen". Oxfam.2014. A Europe for the Many, Not the Few". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp206-europe-for-many-not-few-090915-en.pdf

[28] Die Europäische Erhebung zur Lebensqualität 2016

[29] https://www.eurofound.europa.eu/de/surveys/european-quality-of-life-surveys/european-quality-of-life-survey-2016

[30] https://www.eurofound.europa.eu/news/news-articles/more-attention-must-be-given-to-europes-working-poor

[31] Die Höhe der Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (Anteil am Gesamtvermögen) ist von Land zu Land sehr unterschiedlich und reicht von 4 % in Italien und der Slowakischen Republik bis über 30 % in den Niederlanden, meist im Zusammenhang mit Hypotheken, jedoch machen in einigen Ländern Kredite für anderes Wohneigentum und andere Arten von Krediten einen erheblichen Teil der gesamten Verbindlichkeiten aus. Während die Verschuldungsrate mit dem Einkommen eines Haushalts steigt, ist die Überschuldung bei den mittleren Einkommensgruppen und bei den von jungen Menschen geführten Haushalten am höchsten. OECD (2017)

[32] OECD.2017. „Understanding the Socio-economic Divide in Europe2. Zugriff am 12. Januar 2018. http://www.oecd.org/inclusive-growth/about/centre-for-opportunity-and-equality/cope-divide-europe-2017-background-report.pdf

[33] Einschließlich Nicht-EU-Länder

[34] Oxfam.2014. A Europe for the Many, Not the Few". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp206-europe-for-many-not-few-090915-en.pdf

## Seite 12–13
### Treiber der Ungleichheit und mögliche politische Lösungen

[35] Die OECD stellte dar, dass einer der Hauptgründe für eine größere wirtschaftliche Ungleichheit die zunehmende Ungleichheit bei Löhnen und Beschäftigung ist. OECD (2017)

## Seite 14–15
### EU-Politikgestaltung

[36] Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. 10. Oktober 2017. „On combating inequalities as a lever to boost job creation and growth"(2016/2269(INI))

[37] Vgl. EuGH Rechtssache Viking C – 438/ 05. http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/arrets/05c438_en.pdf

[38] Die Einführung einer Währungsunion mit einer zentralisierten Geldpolitik, aber ohne eine gemeinsame Fiskalpolitik, die in der Lage ist, die

zwangsläufig auftretenden systemischen makroökonomischen Ungleichgewichte zu beseitigen, führte dazu, dass die Länder (insbesondere die Defizitländer) ihre wertschöpfenden Aktivitäten zurückfahren, ihnen die Fähigkeit nehmen, Erschütterungen zu verhindern oder zu bekämpfen, und sich darauf verlassen, dass sie die Löhne als eine Form der internen Abwertung senken, um auf externe Erschütterungen zu reagieren.

[39] Dies sollte auch die Wettbewerbspolitik, die Industriepolitik, globale Handelsabkommen, die Politik der internationalen Eigentumsrechte und Entscheidungen über Prioritäten für Forschung und Entwicklung und den technologischen Wandel umfassen.

[40] Resolution des SPE-Rats „#Progressive Europe/Renewal", Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017

## Seite 16
## Förderung einer auf Solidarität und nachhaltiger Entwicklung basierenden Kohäsionspolitik

[41] SPE Priorities for a progressive future of cohesion policy – background paper, 2017 [Prioritäten für eine progressive Zukunft der Kohäsionspolitik – Hintergrundpapier, 2017]

## Seite 17–18
## Verhinderung der Finanzialisierung der Wirtschaft

[42] „Wir behaupten, dass die zunehmend durch den Finanzsektor geprägte Wirtschaft Anreize für Unternehmen geschaffen hat, nicht selbst in Humankapital und Innovation zu investieren, während sie zunehmend auf Investitionen aus anderen Ländern angewiesen sind – hauptsächlich aus dem öffentlichen Sektor, aber auch für „kleine" Unternehmen aus Nischenbranchen. William Lazonick and Mariana Mazzucato (2013), 2The risk-reward nexus in the innovation-inequality relationship: who takes the risks? Who gets the rewards?" Industrial and Corporate Change, Band 22, Nummer 4, Seiten 1093–1128

[43] Gerald A. Epstein https://www.e-elgar.com/shop/financialization-and-the-world-economy?___website=uk_warehouse

[44] Joseph E. Stiglitz.2016. „Rewriting the Rules of the American Economy". Roosevelt Institute. Zugriff am 12. Januar 2018. https://communitywealth.org/sites/clone.community-wealth.org/files/downloads/reportstiglitz.pdf

[45] ebd.

[46] Tony Atkinson. 117 Tony Atkinson „The 15 Proposals from Tony Atkinson's "Inequality – What can be done". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.tony-atkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/

[47] Stewart Lansley.2017."Citizens' Wealth Fund To Tackle Inequality". Social Europe. Zugriff am 20. Februar 2018. https://www.socialeurope.eu/citizens-wealth-fund-tackle-inequality

[48] ebd.

[49] ebd.

[50] Hochrangige Expertengruppe für Strukturreformen im EU-Bankensektor, Schlussbericht 2012 http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/high-level_expert_group/report_en.pdf [Deutsch: https://ec.europa.eu/info/system/files/liikanen-report-02102012_de.pdf]

## Seite 19
## Wir müssen das kurzfristige, gewinnmaximierende Modell der Corporate Governance beenden.

[51] Joseph E. Stiglitz.2016. „Rewriting the Rules of the American Economy". Roosevelt Institute. Zugriff am 12. Januar 2018. https://communitywealth.org/sites/clone.community-wealth.org/files/downloads/reportstiglitz.pdf

[52] Esther Lynch. Donnerstag, 21. Dezember 2017. „Gewerkschaften an vorderster Front im Kampf gegen Ungleichheit". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.socialeurope.eu/trade-unions-frontline-battle-inequality

[53] Aktienkurse haben Schwierigkeiten, Informationen über fünf Jahre hinaus aufzunehmen.

[54] „Apple allegedly paid 0.005 % of tax on its European profits in 2014", Oxfam.2017."An Economy For The 99 %". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bpeconomy-for-99-percent-160117-en.pdf

[55] Oxfam.2017. „An Economy For The 99 %". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bpeconomy-for-99-percent-160117-en.pdf

[56] z. B. Alphabet, einer der größten Lobbyisten – befindet sich in ständigen Verhandlungen in Europa über Anti-Trust-Regeln und Steuern, Oxfam.2017. „An Economy For The 99 %". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp-economy-for-99-percent-160117-en.pdf

## Seite 20–21

### Unterstützung einer stärkeren Arbeitnehmervertretung an den Arbeitsstätten und eine demokratische Mitarbeiterbeteiligung

57 Richard Wilkinson and Kate Pickett.2010. „The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone". Penguin Books. London

58 PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

59 Siehe Entschließung des EGB über eine Strategie für mehr Demokratie am Arbeitsplatz, die auf der Sitzung des Exekutivausschusses vom 7. bis 8. März 2018 verabschiedet wurde.(https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/document/files/en_-_strategy_for_more_democracy_at_work_etuc_resolution_pb.pdf)

60 PES Programme for Progressive Reforms, November 2015 [deutsche Ausgabe: SPE Für ein Programm progressiver Reformen]

61 Richard Wilkinson and Kate Pickett.2010. „The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone". Penguin Books. London

62 ebd.

63 Joseph E. Stiglitz.2016. „Rewriting the Rules of the American Economy". Roosevelt Institute. Zugriff am 12. Januar 2018. https://communitywealth.org/sites/clone.community-wealth.org/files/downloads/reportstiglitz.pdf

64 ebd.

65 ebd.

66 ebd.

67 The Equality Trust. 2017 „Manifesto for a Fairer Society". Zugriff am 16. Februar 2018. https://www.equalitytrust.org.uk/sites/default/files/resource/attachments/TET_Manifesto_For_A_Fairer_Society-WEB.pdf

68 Joseph E. Stiglitz. 2016. „Rewriting the Rules of the American Economy". Roosevelt Institute. Zugriff am 12. Januar 2018. https://communitywealth.org/sites/clone.community-wealth.org/files/downloads/reportstiglitz.pdf

69 Young European Socialists (YES, dt. Europäische JungsozialistInnen), Schweiz

70 Labour manifesto (2017), 2For the many not the few2

71 Oxfam. 2017. „An Economy For The 99 %". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bpeconomy-for-99-percent-160117-en.pdf

72 SPE (September 2017) "Workers' rights and social progress in the digital economy", https://issuu.com/pes_pse/docs/digital_economy_brochure__web_versi

73 SPE (September 2017) "Workers' rights and social progress in the digital economy", https://issuu.com/pes_pse/docs/digital_economy_brochure__web_versi

74 Esther Lynch. Donnerstag, 21. Dezember 2017. „Gewerkschaften an vorderster Front im Kampf gegen Ungleichheit". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.socialeurope.eu/trade-unions-frontline-battle-inequality

## Seite 22–24

### Herausforderungen der digitalen Revolution und Ungleichheit in Innovationsprozessen

76 PES „Workers' rights and social progress in the digital economy" (Broschüre), September 2017
William Lazonick and Mariana Mazzucato (2013), „The risk-reward nexus in the innovation-inequality relationship: who takes the risks? Who gets the rewards?" Industrial and Corporate Change, Band 22, Nummer 4, Seiten 1093–1128

78 ebd.

79 SPE (September 2017) „Workers' rights and social progress in the digital economy", https://issuu.com/pes_pse/docs/digital_economy_brochure__web_versi

80 Weitere Informationen finden Sie in dem Papier der UNI Global Union zum Thema 'Digitalisation from a gender perspective': http://www.uniglobalunion.org/sites/default/files/imce/digitalization_-_en.pdf

81 Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union (2017/0355(COD), 21. Dezember 2017, Brüssel.

82 Oxfam.2017. „An Economy For The 99 %". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bpeconomy-for-99-percent-160117-en.pdf

83 William Lazonick and Mariana Mazzucato (2013), „The risk-reward nexus in the innovation-inequality relationship: who takes the risks? Who gets the rewards?" Industrial and Corporate Change, Band 22, Nummer 4, Seiten 1093/1128d

84 Oxfam.2017."An Economy For The 99 %". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bpeconomy-for-99-percent-160117-en.pdf

[85] Richard Wilkinson and Kate Pickett.2010. „The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone". Penguin Books. London

[86] William Lazonick and Mariana Mazzucato (2013), „The risk-reward nexus in the innovation-inequality relationship: who takes the risks? Who gets the rewards?" Industrial and Corporate Change, Band 22, Nummer 4, Seiten 1093–1128

## Seite 25–32
## Liberale Politik, „Strukturreformen" und Sparmaßnahmen vor und nach der Krise

[87] Als Ergebnis einer falschen Interpretation der Krise im Jahr 2007, die nicht als systemische Krise betrachtet, sondern durch eine zu lockere Auferlegung der bestehenden Regeln verursacht wurde.

[88] PES (2016), „PES Programme for Progressive Reforms", https://www.pes.eu/export/sites/default/Downloads/Policy-Documents/Social_Jobs/PES_Brochure_progressive_reforms-150dpi_FINAL-March2016.pdf_753497852.pdf [deutsche Ausgabe: SPE Für ein Programm progressiver Reformen]

[89] ECJ C-438/ 05. http://ec.europa.eu/dgs/legal_service/arrets/05c438_en.pdf

[90] Oxfam.2014. A Europe for the Many, Not the Few". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp206-europe-for-many-not-few-090915-en.pdf

[91] Cedric Hugr.e, Etienne Penissat und Alexis Spire; Les classes sociales en Europe, tableau des nouvelles in.galit.s sur le vieux continent, 2017, Agone, S.44.

[92] ETUI.2017."Benchmarking Working Europe 2017". Zugriff am 12. Januar 2018. http://www.etui.org/Publications2/Books/Benchmarking-Working-Europe-2017

[93] ebd.

[94] ebd.

[95] Siehe die Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) „Europa braucht eine Lohnerhöhung":https://payrise.eu/

[96] PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

[97] S&D „Progressive European Social Policy: Returning the focus to the people" [„Für eine fortschrittliche europäische Sozialpolitik: Wiederbesinnung auf die Menschen", https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/position-papers/fuer-eine-fortschrittliche-europaeische-sozialpolitik-wiederbesinnung-auf-die]

[98] ebd.

[99] Esther Lynch. 21. Dezember 2017. „Gewerkschaften an vorderster Front im Kampf gegen Ungleichheit". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.socialeurope.eu/trade-unions-frontline-battle-inequality

[100] PES Programme for Progressive Reforms, November 201 [deutsche Ausgabe: SPE Für ein Programm progressiver Reformen]

[101] „Non – standard jobs have been on the rise in the decade previous to the crisis – accounted for more than half of the growth in employment in the EU since 1995 in the period up to the global economic crisis and the average incidence of part – time employment rose during the crisis", OECD.2017." [Nicht-standardisierte Arbeitsplätze sind in dem Jahrzehnt vor der Krise gestiegen – sie sind für mehr als die Hälfte des Beschäftigungswachstums in der EU seit 1995 im Zeitraum bis zur Weltwirtschaftskrise verantwortlich, die durchschnittliche Häufigkeit von Teilzeitarbeitsplätzen und Zeitarbeit stieg während der Krise an.] Understanding the Socio-economic Divide in Europe". Zugriff am 12. Januar 2018. http://www.oecd.org/inclusive-growth/about/centre-for-opportunity-and-equality/cope-divide-europe-2017-background-report.pdf

[102] EGB 2017 Vortrag „State of the Union". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.etuc.org/speeches/etuc-state-european-union-speech#.Wli7VnlG2Uk

[103] PES Programme for Progressive Reforms, November 2015 [deutsche Ausgabe: SPE Für ein Programm progressiver Reformen]

[104] PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

[105] PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

[106] Resolution des SPE-Rats „#Progressive Europe/Renewal", Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017

[107] Oxfam.2014."A Europe for the Many, Not the Few". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp206-europe-for-many-not-few-090915-en.pdf

[108] ETUI.2017. „Benchmarking Working Europe 2017". Zugriff am 12. Januar 2018. http://www.etui.org/Publications2/Books/Benchmarking-Working-Europe-2017

[109] Oxfam.2014. „A Europe for the Many, Not the Few". Zugriff am 12. Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp206-europe-for-many-not-few-090915-en.pdf

[110] Oxfam.2014. „A Europe for the Many, Not the Few". Zugriff am 12.Januar 2018. https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp206-europe-for-many-not-few-090915-en.pdf

[111] ETUI.2017."Benchmarking Working Europe 2017". Zugriff am 12. Januar 2018. http://www.etui.org/Publications2/Books/Benchmarking-Working-Europe-2017

[112] ebd.

[113] PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

[114] PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

[115] Zone Zéro Chômeur de Longue Durée; https://www.tzcld.fr/decouvrirlexperimentation/lassociation-tzcld/d

[116] PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

[117] Tony Atkinson „The 15 Proposals from Tony Atkinson's "Inequality – What can be done". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.tonyatkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/

[118] Resolution des SPE-Rats „#Progressive Europe/Renewal", Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017

## Seite 33–35
## Bekämpfung des verschärften Steuerwettbewerbs

[119] "The (implicit) tax rates on corporation profits fell, on average, by 6.3 percentage points in the EU28 between 2000 and 2015." [Die (impliziten) Steuersätze auf Unternehmensgewinne sanken zwischen 2000 und 2015 in der EU28 um durchschnittlich 6,3 Prozentpunkte.] ETUI.2017. „Benchmarking Working Europe 2017". Zugriff am 12. Januar 2018. http://www.etui.org/Publications2/Books/Benchmarking-Working-Europe-2017

[120] Durchschnittlich 6,3 % aller Einnahmen in der EU28 im Jahr 2015. ETUI (2017)

[121] Verrechnungspreise: Es wird angenommen, dass mehr als die Hälfte des Welthandels zwischen verbundenen Unternehmen innerhalb transnationaler Unternehmen (TNC) stattfindet. Transnationale Unternehmen manipulieren in der Regel Verrechnungspreise, um Gewinne von Hochsteuergebieten in Niedrigsteuergebiete zu verlagern und Kosten in Hochsteuergebiete zu verlagern.

[122] Vorab-Preisvereinbarungen (APA) dienten dazu, multinationale Geschäfte abzuschließen, bei denen in einigen Fällen Steuersätze deutlich unter 1% gezahlt wurden. Die Gesamtzahl der APAs in der EU28 stieg von 547 im Jahr 2013 auf 1444 im Jahr 2015 (78 %). ETUI (2017)

[123] Die transnationalen Unternehmen (TNCs) gründen Tochtergesellschaften in Steueroasen, um entweder Tätigkeiten auszuüben oder als Holdinggesellschaften zu fungieren.

[124] „Taxing corporations" (Besteuerung von Kapitalgesellschaften) www.taxjustice.net/topics/corporate-tax/taxing-corporations/

[125] Gabriel Zucma, „Taxation of offshore assets" /(„Besteuerung von Offshore-Vermögenswerten")

[126] Cedric Hugr.e, Etienne Penissat und Alexis Spire: „Les classes sociales en Europe, tableau des nouvelles in.galit.s sur le vieux continent", 2017, Agone, S.44.

[127] Tony Atkinson „The 15 Proposals from Tony Atkinson's Inequality – What can be done". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.tonyatkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/

[128] Tony Atkinson „The 15 Proposals from Tony Atkinson's Inequality – What can be done". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.tonyatkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/

[129] So erhebt AirBnB beispielsweise nach Absprache mit den Gemeinden lokale Steuern auf Aufenthalte in mehreren europäischen Städten.

[130] Resolution des SPE-Rats „#Progressive Europe/Renewal", Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017

## Seite 36–37
## Soziale, geschlechtsspezifische und generationsübergreifende Ungleichheiten

[131] PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

[132] Resolution des SPE-Rats „#Progressive Europe/Renewal", Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017

[133] Resolution des SPE-Rats „#Progressive Europe/Renewal", Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017

[134] ebd.

[135] PES vision for a European Pillar of Social Rights Conclusions of the Social Europe Network – 4.Mai 2017 [Die Sichtweise der SPE zur europäischen Säule sozialer Rechte].

[136] Tony Atkinson „The 15 Proposals from Tony Atkinson's Inequality – What can be done". Zugriff am 12. Januar 2017. https://www.tonyatkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/

SPE

EUROPÄISCHE
SOZIALDEMOKRATIE

Wenn Sie Fragen oder Anmerkungen zu unserer Arbeit in den Bereichen Umwelt, Energie und Klima haben, wenden Sie sich bitteAntoine Mertzeisen (Antoine.Mertzeisen@pes.eu, +32 254 89096).

Folgen Sie uns auf www.facebook.com/pes.pse
Und www.twitter.com/pes_pse.

Sozialdemokratische Partei Europas/Party of European Socialists (PES)

10 – 12 Rue Guimard
1040 Brussels
Belgium

T +32 2 548 90 80
info@pes.eu
AISBL-BBCE-N 0897.208-032

Diese Publikation wurde vom Europäischen Parlament finanziell unterstützt. Die alleinige Verantwortung liegt beim Autor, und das Europäische Parlament ist nicht verantwortlich für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.
Diese Broschüre wurde auf Recyclingpapier gedruckt.

Oktober 2018